



Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2010/13

2. Sitzung vom Montag, 24. Juni 2013, 18.00 – 21.34 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Thomas Bühler, Ratspräsident

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

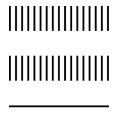
- 38 Mitglieder des Einwohnerrates
- 5 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

Entschuldigungen

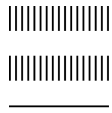
- Annegret Dubach, Frau Vizeammann
- Christiane Guyer, Stadträtin
- Rafael Lippuner, Einwohnerrat
- Jürg Seiler, Einwohnerrat



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahmen	510
Inpflichtnahme von Sandra Olar (SP)	
2. Mitteilungen	510
3. Ersatzwahlen	512
GK 163 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/13 (Ersatz für Andreas Rüegger, FDP)	
4. Einbürgerungen	
GK 157 Eser Ciydem, 1981, türkische Staatsangehörige, Fliederstrasse 15	512
GK 158 Jurišić Marija, 1986, kroatische Staatsangehörige, Luzernerstrasse 3	512
5. Jahresbericht und Jahresrechnung	513
GK 155 Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde	
6. Verträge	522
GK 162 Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Zofingen und Brittnau über den Zusammenschluss ihrer Bezirksschulen	
7. Seniorenzentrum Neubau Luzernerstrasse	526
GK 161 Bauvorhaben Seniorenzentrum Zofingen; Bericht Postulat Fraktion FDP Zofingen für ein verwaltungsexternes Projektcontrolling	
8. Kreditbewilligungen	
GK 159 Bahnhof SBB – Kreditbewilligung für Erweiterung, Modernisierung und behindertengerechten Ausbau	528
GK 160 Hochwasserschutz, Renaturierung und Aufwertung Dorfbach/Grenzbach (3. Etappe) – Kreditbewilligung	533



9. Parlamentarische Vorstösse	541
GK 156 Interpellation der glp-Fraktion vom 18. März 2013 betr. „Abstimmungsbroschüre – Information oder Propaganda?“ (Begründung und Beantwortung)	
10. Umfrage	542



Begrüssung

Hr. **Thomas Bühler**, Ratspräsident, eröffnet die Sitzung und begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, die Damen und Herren des Stadtrates, den Ratssekretär, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Insbesondere begrüsst der **Vorsitzende** die leitenden Angestellten der Stadtverwaltung.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass sich für die heutige Sitzung Frau Vizeammann Annegret Dubach entschuldigt hat. Es wurde per E-Mail mitgeteilt, dass sie im August 2013 ihre Arbeit wieder aufnimmt. Dies wird mit Freude zur Kenntnis genommen. Ebenfalls entschuldigt hat sich Frau Stadträtin Christiane Guyer. Entschuldigt seitens des Einwohnerrates sind Raffael Lippuner und Jürg Seiler. Der Rat ist **mit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Der **Ratspräsident** stellt die ergänzte Traktandenliste, welche rechtzeitig nachgereicht wurde, zur Diskussion. Sie sieht ziemlich rot aus. Nachdem keine Einwendungen gegen diese gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden und die **Traktandenliste** gilt mit den Ergänzungen als **genehmigt**.

Art. 137

Inpflichtnahme von Sandra Olar (SP)

Der **Präsident** informiert über die Demission von Viviane Hösli (SP) per Ende Mai 2013 und verliest das Rücktrittsschreiben. Er teilt mit, dass am Schluss der Verhandlung die formelle Verabschiedung erfolgen wird. Die Nachfolge ist inzwischen geregelt. Als Nachfolgerin von Viviane Hösli hat das Wahlbüro Sandra Olar als gewählt erklärt.

Der **Vorsitzende** bittet Sandra Olar (SP) für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Sitzen zu erheben.

Der **Ratssekretär** verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln“.

Die Einwohnerrätin Sandra Olar (SP) leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Die **Vorsitzende** dankt ihr für ihre Bereitschaft, sich im Einwohnerrat zu engagieren und wünscht ihr viel Freude bei der verantwortungsvollen Arbeit.

Mitteilungen

Als Tischaufgabe hat der Rat erhalten:

- die Einladung zum Behördenapéro am Zofinger Kinderfest
- den Geschäftsbericht der STWZ Energie AG
- den Jahresbericht des städtischen Museums



- einen Flyer zum Besuch der Live-Sendung „SRF bi de Lüt – Live“ des Schweizer Fernsehens vom Samstag, 20. Juli 2013, 20.00 Uhr, auf dem Niklaus-Thut-Platz.

Nachdem gegen das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom **17. September 2012** innert Frist keine Einwände eingegangen sind, gilt dieses als genehmigt. Das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom **22. Oktober 2012** wurde erstmals **per E-Mail** zugestellt. Die Frist für Einwendungen läuft am 28. Juni 2013 ab. Die Protokolle vom 26. November 2012 und vom 18. März 2013 sind noch ausstehend.

Der **Vorsitzende** gibt die Wahlergebnisse der Stadtratswahlen bekannt: Stimmberechtigte 7'637. Gütig eingereicht wurden 3'434 Stimmzettel. Die Stimmbeteiligung betrug 44,97 %. Das absolute Mehr lag bei 1'287 Stimmen. Alle angetretenen Kandidaten haben das absolute Mehr erreicht. Gewählt sind:

- | | | |
|-----------------------------|-----|---------------|
| - Hans-Martin Plüss | mit | 2'045 Stimmen |
| - Hans-Ruedi Hottiger | mit | 1'947 Stimmen |
| - Dominik Gresch | mit | 1'873 Stimmen |
| - Christiane Guyer | mit | 1'827 Stimmen |
| - Andreas Rüegger Waldvogel | mit | 1'812 Stimmen |
| - Käthi Hagmann-Schibler | mit | 1'778 Stimmen |
| - Rahela Syed | mit | 1'747 Stimmen |

Der Vorsitzende gratuliert den Gewählten ganz herzlich und wünscht ihnen viel Befriedigung in diesem anspruchsvollen Amt. Der Stadtrat leistet grosse und anspruchsvolle Arbeit. Er hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

(Applaus)

Das Büro des Einwohnerrates hat die Einsetzung einer einwohnerrätlichen **Spezialkommission Quartierschulhaus BZZ** mit insgesamt 9 Mitgliedern beschlossen. Von den Fraktionen sind folgende Personen nominiert worden und gelten somit als gewählt:

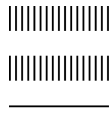
- | | |
|-----|--|
| SP | Benjamin Gut, Liliane Hofer und Christian Nöthiger |
| DYM | Gabriela Nauer und Urs Plüss |
| FDP | Rudolf Günthardt und Jakob Lang |
| SVP | Michael Müller und Markus Gfeller |

Urs Plüss stellt sich für das Präsidium zur Verfügung. Der **Ratspräsident** bittet die erwähnten Einwohnerratsmitglieder nach der heutigen Sitzung für die Konstituierung im Saal zu bleiben.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion glp (Erstunterzeichner Dominik Gresch und Mitunterzeichnende) vom 21. März 2013 betreffend „Incentivierung in der Sozialhilfe: Weniger Fallzahlen dank mehr Eigenverantwortung“ (Eingang am 3. April 2013)
- Postulat FDP (Erstunterzeichner André Kirchhofer, FDP, Mitunterzeichner Marco Arni, glp) vom 24. Juni 2013 betreffend „600 Jahre Zofingen in der Eidgenossenschaft“ (Eingang am 24. Juni 2013)
- Postulat Jan Bachmann, FDP, vom 21. Juni 2013 betreffend „Heitern – ein Schandfleck oder ein Naherholungsgebiet?“ (Eingang 24. Juni 2013)



Art. 138

GK 163

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/13 (Ersatz für Andreas Rüeegg, FDP)

Andreas Rüeegg Waldvogel (FDP) hat aufgrund seiner Wahl zum Stadtrat seine Demission als Mitglied der FGPK per sofort eingereicht. Von der FDP-Fraktion wurde André Kirchhofer als Nachfolger zur Wahl vorgeschlagen. Nachdem keine spezielle Vorstellung erfolgt, werden die Wahlzettel durch den Ratsweibel und die Stellvertreterin des Stadtschreibers ausgeteilt. Es amten Martin Willisegger (SVP) und Sandra Olar (SP) als Stimmzähler. Das Aktariat wird von Catrin Friedli, Stellvertreterin des Stadtschreibers, geführt. Da keine Einwendungen gegen die Zusammensetzung des Wahlbüros erfolgen, gilt dieses als gewählt. Die Wahlzettel sind bereits mit dem Namen des von der FDP gemeldeten Vertreters vorbereitet. Änderungen können handschriftlich vorgenommen werden.

Während der Auszählung der Stimmen werden die Beratungen fortgesetzt.

Ergebnis der Ersatzwahl

Eingelangt sind 38 Stimmzettel, 2 davon waren leer. Somit fallen 36 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 19

Der vorgeschlagene André Kirchhofer wird mit 30 Stimmen als Mitglied der FGPK gewählt.

Der Gewählte erklärt auf Nachfrage des **Vorsitzenden** Annahme der Wahl.

Art. 139

Einbürgerungen

GK 157

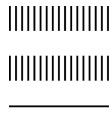
Eser Ciydem, 1981, türkische Staatsangehörige, Fliederstrasse 15

GK 158

Jurišić Marija, 1986, kroatische Staatsangehörige, Luzernerstrasse 3

Der **Präsident** erklärt, dass heute über zwei Einbürgerungen zu befinden ist. Die Geschäfte GK 157 und GK 158 werden gemeinsam beraten, es wird jedoch einzeln darüber abgestimmt.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, informiert als Sprecher der FGPK, dass von den beiden Einbürgerungsgesuchen erfreut Kenntnis genommen wurde. Es handelt sich um zwei junge Frauen, die zielstrebig an ihrer Zukunft arbeiten. Bei GK 157 handelt es sich um Eser Ciydem, türkische Staatsangehörige, ausgebildete Betriebswirtin, welche aktuell ein Team in der Privatwirtschaft leitet. Mit GK 158 liegt das Gesuch von Jurisic Marija, kroatische Staatsangehörige, vor. Sie studiert Rechtswissenschaften an der Uni Luzern. Beide Gesuche gaben zu keinen Diskussionen Anlass. Daher werden beide Personen von der FGPK vorbehaltlos zur Einbürgerung empfohlen.



Nachdem Eintreten nicht bestritten ist und zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht gewünscht wird, lässt der **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 157

Eser Ciydem, 1981, türkische Staatsangehörige, Fliederstrasse 15

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

GK 158

Jurišić Marija, 1986, kroatische Staatsangehörige, Luzernerstrasse 3

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

Der **Präsident** gratuliert den beiden Gesuchstellerinnen ganz herzlich und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

Art. 140

GK 155

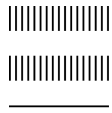
Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde

Zu Beginn dankt der **Vorsitzende** den anwesenden leitenden Angestellten ganz herzlich. In diesem Jahr wurden bereits viele Zahlen verhandelt und es werden weiterhin viele Zahlen verhandelt werden müssen. Dabei ist es immer eine grosse Herausforderung, die geforderten Vorgaben erfüllen zu können.

Hr. **Marcel Murri**, SP, Präsident der FGPK, hat sich lange überlegt, was noch zu sagen ist. Denn eigentlich wurde bereits alles in irgendeiner Form rund um die Rechnung gesagt. Dies nicht zuletzt auch dank der Workshops, die stattgefunden haben. Aufgrund der frühen Informationen des Stadtrates waren alle gut im Bild, sicher auch und insbesondere die FGPK, welche bereits länger von den präsentierten Ergebnissen Kenntnis hatte. Darum versucht sich Hr. Murri kurz zu fassen und weist darauf hin, dass alles Wesentliche im verfassten Bericht enthalten ist. Er geht davon aus, dass dieser Bericht von allen Anwesenden gelesen wurde und geht deshalb lediglich noch auf folgende drei Stichworte ein:

- Abschluss formell
- Geleistete Arbeit
- Drei Feststellungen plus ein Wunsch

Zu Punkt eins kann gesagt werden, es lief wie immer ab. Man hat in Teams getagt und während eines Monats wurde die Rechnung mehr oder weniger intensiv – comme il faut – geprüft. Es erfolgten Stichproben und die erteilten Aufträge wurden ordnungsgemäss erledigt. Notabene steht auch ein externes Büro zur Seite, die Firma Gruber Partner AG, welche den Rechnungsabschluss prüft. Er wiederholt nochmals die Eckdaten, auch wenn dies vielleicht langsam langweilig scheinen mag. Am 16. Mai 2013 fand mit dem Gesamtstadtrat eine Besprechung statt. An dieser hätten theoretisch alle offenen Fragen beantwortet werden können. Nur gab es praktisch keine offenen Fragen mehr. Es war vorgängig bereits sehr gut gearbeitet worden, die politischen und technischen Fragen wurden zum Voraus schriftlich abgegeben und alle wurden beantwortet. Daher bestand kaum mehr



Diskussionsbedarf. Die zwei, drei Detailfragen konnten ebenfalls noch geklärt werden. Dieses Instrument ist sehr wertvoll und der FGPK-Präsident legt den Räten nahe, dieses zu nutzen und Einfluss zu nehmen. Es ist eine Gelegenheit, mit dem Stadtrat Auge in Auge auf Tuchfühlung zu diskutieren. Die letzten zwei Mal wurde es wenig gebraucht. Einmal handelte es sich um einen Irrtum bezüglich Budget, in diesem konkreten Fall wäre eine etwas intensivere Diskussion vielleicht angebracht gewesen. Jetzt bei der Rechnung war es nicht nötig, da aus Sicht der FGPK alles klar war. Trotzdem aber der Aufruf an die Fraktionen, dieses Gefäss zu nutzen.

Was kam schlussendlich heraus? Die Fakten sind bekannt. Der wichtigste Punkt ist sicherlich, dass formell alles wie gewohnt in Ordnung ist. Die FGPK hat im Rahmen der Rechnungsprüfung auch immer die Möglichkeit, Abläufe, Prozesse, Arbeitsabläufe usw. zu prüfen, zu hinterfragen oder sich dokumentieren zu lassen. Und auch bei diesen spezifisch geprüften Punkten kam man zum Schluss, dass alles gut bis sehr gut ist. Das kann ebenfalls im Bericht nachgelesen werden. Buchhalterisch ist der eigentliche Rechnungsabschluss schlechter ausgefallen als erwartet. Das musste zur Kenntnis genommen werden und hat niemanden überrascht, da der Stadtrat sehr vorausschauend und informativ die FGPK immer wieder darauf hingewiesen hat, dass dieser schlechter als geplant abschliessen wird. Diese Information wurde erstmals ungefähr Mitte Jahr herausgegeben, als man erahnen konnte, dass der Steuerertrag nicht ganz planmässig ausfallen würde. Darum soll auf drei Punkte ganz kurz hingewiesen werden:

Der Nettoaufwand ist gestiegen und weitgehend fremdbestimmt. Dabei handelt es sich um die Überläufe, welche seit einigen Jahren angekündigt waren. Sie sind nun eingetroffen. Der Steuerertrag ist tiefer ausgefallen als budgetiert. In dieser Rechnung zum ersten Mal bei den natürlichen Personen; bei den juristischen Personen war ein ganz sanfter Anstieg zu verzeichnen. Aber bei den natürlichen Personen ist der Steuerertrag eingebrochen und letztendlich fehlen an dieser Stelle über CHF 2 Mio. Das wurde relativ früh schon angedeutet und traf nicht völlig unvorbereitet ein. Als dritter Punkt ist – leider – die nicht erwartete und vor allem nicht budgetierte Rückzahlung der StWZ Energie AG zu erwähnen. Diese CHF 3,5 Mio. beschönigen die Rechnung und den Rechnungsabschluss des Jahres 2012 natürlich massiv. Resultat: „Leider“ ist dadurch das Reinvermögen nochmals gestiegen. Das zu einem Zeitpunkt, wo über die Zukunft, nämlich über das nächste Budget, nachgedacht wird. Er bittet darum, dies so zur Kenntnis zu nehmen. Der rechnerische Stand heute zeigt auf, dass die Kosmetikmittel in Zofingen ausgehen. Viel Buchgewinn kann künftig kaum mehr erzielt werden – es gibt noch die eine oder andere Reserve, aber auch da sind Grenzen gesetzt. Es ist auch nicht nachhaltig, wenn nur von diesen gezehrt wird. Ein einmaliger Beitrag der StWZ Energie AG in dieser Höhe wird nicht nochmals anfallen. Daher nochmals der Hinweis, dass sogenannte Kosmetikmittel nur noch sehr beschränkt vorhanden sein dürften.

Was Marcel Murri persönlich und vermutlich allen FGPK-Mitgliedern sehr zu denken gibt, ist die sogenannte Belastbarkeit. Diese Zahl, die man sich wirklich sehr verinnerlichen sollte, liegt bei CHF 0,5 Mio. Das ist der Betrag, welcher Zofingen noch zur Verfügung steht (Selbstfinanzierung abzüglich Nettozinsen). Das ist sehr, sehr wenig für eine Stadt wie Zofingen. Viel mehr kann dazu nicht gesagt werden, der ganze Rest wurde bereits ausführlich diskutiert und wird auch in die Budgetberatungen einfließen, wo konstruktiv mit diesen Fakten umgegangen werden kann.

Dem zweiten Punkt – Stichwort „die geleistete Arbeit“ – soll ein kleines Kapitel gewidmet werden und nicht nur so nebenbei erwähnt werden. Die FGPK hat Einblick in „alles“. Wenn es gewünscht und der nötige Aufwand betrieben wird, so kann alles bei Bedarf überprüft werden. Auch die innersten Abläufe können begutachtet werden. Das wird auch gemacht, in einzelnen Punkten sogar sehr detailliert mit mehr oder weniger grossem Aufwand. Das Resultat zeigt, dass wenig gefunden wird bzw. bei positiver Formulierung darf gesagt werden, es wird viel Gutes oder sogar sehr Gutes gefun-

den in der Verwaltung oder bei der Arbeit des Stadtrates. In dem vom FGPK-Präsidenten überblickbaren Zeitraum, welcher nicht so riesig ist, kann festgestellt werden, dass sich einiges verändert hat und Optimierungen sowie Verbesserungen betr. Abläufe und Effizienz in der Verwaltung vorgenommen wurden. Wäre dem nicht so, müsste man selbstkritisch sagen, die FGPK habe ihren Job nicht wahrgenommen. Es gehört zu ihrer Arbeit, ebendies zu machen. Aber bei positiver Formulierung kann gesagt werden, die Leistungen sind gut und diese Leistungen, welche von Stadtrat und Verwaltung erbracht werden, wurden jedes Jahr politisch bestellt. Offensichtlich scheinen Preis und Leistung einigermaßen oder sogar gut zu stimmen. Man kommt jetzt in eine Phase, wo festgestellt werden muss, das Geld reicht im Augenblick so nicht mehr. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, ob man weniger Leistungen haben oder ob man einen höheren Preis dafür zahlen will. Er kommt nochmals darauf zurück, dass der Stadtrat und die Verwaltung auf Wunsch ihr Innerstes zeigen, die FGPK hat das Recht, Sachen anzuschauen, was in der Privatwirtschaft für einen so grossen Kreis wohl kaum möglich wäre. Es muss unbedingt berücksichtigt werden, dass dieses Innerste auch mit einem gewissen Vertrauen offengelegt wird, dass man mit diesem Wissen vernünftig umgeht. Als Stichwort könnte „Lohnfragen“ genannt werden oder wie erwähnt, wenn ganze Prozesse und Arbeitsabläufe im Detail geprüft und hinterfragt sowie kritisiert werden. Er regt an, diese Offenheit von Stadtrat und Verwaltung zu nützen und geschickt damit umzugehen.

Bevor man sich nun in die Budgetdiskussionen stürzt mit allen Effekten, Nebeneffekten und allem Ungemach, spricht der FGPK-Präsident den Dank an die Verwaltung aus für die geleistete Arbeit und für die Offenheit. Dieser Dank gilt selbstverständlich auch dem Stadtrat; insbesondere die Offenheit in Finanzfragen wird sehr geschätzt.

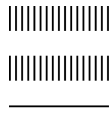
Hr. Marcel Murri hat eingangs erwähnt, dass er drei Feststellungen plus einen Wunsch habe. Die Rechnung ist nach heute Abend mit grosser Wahrscheinlichkeit Geschichte. Allen ist bewusst, dass die Finanzlage auf irgendeine Art saniert werden muss. Drei Stichworte kommen einem dabei sofort in den Sinn: höhere Steuern, Leistungsabbau oder Verschuldung. Verschuldung als letzte Möglichkeit ist sicher nicht tabu, ist eine Variante, von welcher man Gebrauch machen kann. Das wird vermutlich nicht zu umgehen sein. Diesbezüglich aber der Hinweis: wenn man links und rechts und über die Landesgrenze hinaus schaut, finden sich dort Beispiele, wo es mehr oder weniger gut funktioniert hat, wenn sich ein Staat oder ein Gemeinwesen zu verschulden beginnt. Das kann auch eine Kommune machen, aber nur begrenzt. Darum der erste Wunsch, dass man bei den Schweizer Tugenden bleibt und die Verschuldung in einem Rahmen hält, mit dem man noch gut leben kann. Stichwort Leistungsabbau – es wird bereits stark auf das Budget 2014 hingewiesen. Ein Leistungsabbau ist selbstverständlich möglich. Aber die Prüfung in der FGPK hat ergeben, dass von Optimierungen im einstelligen Prozentbereich ausgegangen werden kann. Wenn man das Gesamtbudget anschaut bezüglich Wirkung auf die Finanzen: was an Leistungsabbau vorhanden ist und wie dieser dann wirkt, ist eine ganz andere Frage. Es braucht dort irgendwo ein Gleichgewicht, damit vernünftig vorwärts gegangen werden kann. Zofingen – in diesem Punkt sind sich offensichtlich alle einig – soll attraktiv bleiben. Auch da ein Wunsch: Eine seriöse Prüfung soll erfolgen aber auch da soll man bei den guten Schweizer Tugenden bleiben. Der Service public in der Schweiz ist etwas, das unseren Staat weit über die Landesgrenzen auszeichnet. Der letzte Punkt „höhere Steuern“ ist selbstverständlich auch möglich, genau wie Leistungsabbau und Verschuldung. Dazu der Hinweis, es sollte allen bewusst sein, dass man die Steuern de facto aufgrund der Steuergesetzrevisionen der letzten Zeit abgebaut hat. Es macht sich beim durchschnittlichen Steuerzahler lediglich nicht so stark bemerkbar, weil es sich nicht um gewaltige Ausschläge nach oben oder unten handelt. Aber auch da wird man an Grenzen stossen, um die Attraktivität der Stadt Zofingen nicht zu sehr zu mindern. Aber die Auswirkungen von Steuerfusserhöhungen bezüglich Attraktivität sind möglicherweise anders, als wenn massiv Leistungen abgebaut werden. Daher auch hier der Wunsch nach seriöser Prüfung und Nutzung der guten Schweizer Tugend – alles mit Mass. Nun folgt noch der Wunsch. Bekanntlich

steht der Wahlkampf bevor. Einer ist bereits vorüber, der nächste liegt in naher Zukunft. Es ist quasi immer Wahlkampf. Weiter ist bekannt, dass die Kräfteverhältnisse einmal so und einmal so sind. Beim Einwohnerrat sind sie noch nicht bekannt, beim Stadtrat sind sie verteilt. Daher der innigste Wunsch für die künftigen Diskussionen: bei guten Zofinger Tugenden zu bleiben und miteinander zu reden. Nebenbei erwähnt, die FGPK hat alle 14 Anträge einstimmig genehmigt.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretendsdebatte.

Fr. **Irma Jordi**, DYM/CVP, stellt fest, dass die Rechnung 2012 genau denjenigen Sachverhalt widerspiegelt, auf den man bereits seit mehreren Jahren zusteuert. Jetzt liegen die nackten Zahlen auf dem Tisch. Wurden im Jahr 2008 – es wird gerne dieses Jahr zitiert, weil es einfach ein schönes Jahr war – noch Steuereinnahmen von CHF 33,8 Mio. generiert mit einer Belastbarkeit von CHF 10,6 Mio. so sind es im Jahr 2012 noch Steuereinnahmen von CHF 30,8 Mio. und einer Belastbarkeit von kläglichen CHF 514'000.–. Im 2008 hiess es immer, der Stadtmann sei ein Pessimist, wenn dieser darauf hinwies, wohin die Entwicklung führen würde. Die Zahlen bestätigen nun aber diese Aussagen. Einerseits ist das Wegschumpfen von Aktiensteuererträgen schuld, aber auch der Wegzug von sehr solventen Bürgern ist für die Schmälerung der Ertragslage verantwortlich. Andererseits sieht man sich mit der Umsetzung von kantonalen Gesetzen konfrontiert, welche insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich gewaltig zu Buche schlagen. Die Belastbarkeitsquote steht auf einem historischen Tiefststand. Es sollte jedoch allen klar sein, dass der trotzdem positiv ausgefallene Rechnungsabschluss eher zufällig durch verschiedene Faktoren entstanden ist und dies überhaupt nicht als Morgenröte am Finanzhimmel von Zofingen gewertet werden kann. Die geplanten Investitionen der nächsten Jahre werden eine starke finanzielle Herausforderung darstellen. Die Fraktion Dynamische Mitte hat die Rechnung geprüft. Es wird während der Debatte vielleicht noch die eine oder andere Verständnisfrage gestellt werden. Im Allgemeinen ist man mit dem Rechnungsabschluss als solchem nicht zufrieden, doch ist man sehr zufrieden mit der geleisteten Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung sowie mit dem grossen Einsatz der FGPK. Dafür gebührt allen Stellen ein herzliches Dankeschön. Den Anträgen 1 und 2 des Stadtrates wird zugestimmt. Unter Punkt 3 werden die Abrechnungen der verschiedenen Verpflichtungskredite von der Fraktion genehmigt und unter Punkt 4 spricht man sich für die Abschreibung der vorgeschlagenen Motionen und Postulate aus.

Hr. **Jakob Lang**, FDP, hält fest, dass der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2012 ein Blick in die Vergangenheit darstellt, so wie es sich bei einer Bilanz und einer Ertragsrechnung immer um einen Rückblick handelt und der wenig über die Zukunft aussagt. Es handelt sich um einen substanziellen Bericht, in welchem alles steht, was geschrieben werden kann und es ist seiner Meinung nach ein guter Bericht. Was aber steht darin: der Rechnungsabschluss – und dem wird zugestimmt – ist unbefriedigend. Die Belastbarkeitsquote (Selbstfinanzierungsquote) ist ungenügend, auch das ist bekannt. Der gesamte Nettoaufwand erreicht einen neuen Höchststand. Die Kosten sind massiv gestiegen, angefangen bei der allgemeinen Verwaltung, der Bildung, der Gesundheit und bei der sozialen Wohlfahrt. Gleichzeitig ist die Einwohnerzahl leicht rückläufig und auch die Steuereinnahmen der natürlichen Personen sind stark gesunken. Als positives Zeichen kann gewertet werden, dass die in Zofingen domizilierten Firmen aufgrund ihrer Ergebnisse mehr Steuern abliefern konnten. Die Ausgangslage ist bekannt. Während im Kanton das Steuersubstrat in den letzten Jahren massiv angestiegen ist, was die Steuerreformen auf der kantonalen Ebene erst ermöglicht haben, hat es in Zofingen stagniert. Zum Vorredner Marcel Murri ist noch zu erwähnen, dass die Steuern nicht abgebaut wurden. Wenn man das kantonale Budget anschaut, sind diese im Kanton in den letzten Jahren gestiegen. Das Steuersubstrat wurde nicht entsprechend besteuert, wie es für eine gleichbleibende Quote möglich gewesen wäre. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um eine gut schweizerische

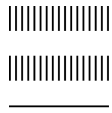


Tugend, indem man sagte, man wolle haushälterisch mit den Mitteln umgehen. Genau so ist es auf Anregung der FDP und der SVP zu diesem Budgetoptimierungsprozess gekommen und alle sitzen am Tisch und reden miteinander.

Es wurden Leistungen bestellt, auch dies wurde vorher bereits erwähnt. Es muss nun ausdiskutiert werden – und das ist eine politische Diskussion – welche Leistungen man zukünftig bestellen will. Auch hier kommt eine weitere gut schweizerische Tugend zum Tragen – eine sehr wichtige sogar – dass die Staatsquote unterhalb derjenigen der umliegenden Staaten liegt. Das ermöglichte in den vergangenen Jahren ein gesundes Wachstum und ein stabiles Steuersubstrat. Dadurch wurden dem Staat Investitionen ermöglicht. Also ist der haushälterische Umgang mit den vorhandenen Mitteln nicht immer der schlechteste. Das ist ein urliberales Anliegen der FDP. Darum sollen die laufenden Optimierungen durchgezogen werden. Es geht um Effizienz im Handeln der Verwaltung. Die Kostenseite soll, wo immer möglich, optimiert werden. Man erhofft sich bei den beeinflussbaren Kosten einen Trend in die richtige Richtung. Wenn die Rechnung angeschaut wird, hat es in wenigen Bereichen auch entsprechend ausgesehen. In der Rechnung 2012 wurden Verbesserungen in den Abteilungen 1, 3 und 7 erzielt. Das sind im finanziellen Bereich die weniger gewichtigen Ressourcen. Daher vermochten diese die anderen Ressourcen nicht aufzuwiegen. Gesamthaft kann man das Jahr 2012 mit der Windstille vor dem sommerlichen Gewittersturm vergleichen. Der Tag, oder im übertragenen Sinn das Jahr, war sonnig und warm, vielleicht sogar heiss. Mit der feuchten Luft wurde es dann schwül und die aufziehenden Wolken lassen ein Gewitter erkennen. Wie stark es sein wird, ist noch nicht wirklich bekannt. Aber sicher ist, das Gewitter wird kommen. Es wird sicherlich eine Verschuldung von Zofingen beinhalten, denn die bereits bewilligten Projekte können nicht aus der laufenden Rechnung finanziert werden. Das steht ganz klar fest. Wie weit sich die Verschuldung erhöhen soll, wird Diskussionsgegenstand der kommenden Monate sein. Mit der vorliegenden Rechnung ist die FDP Zofingen zufrieden und wird daher den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Auch die SVP-Fraktion wird dem Jahresbericht, der Jahresrechnung und sämtlichen Anträgen zustimmen wie Hr. **Markus Gfeller**, SVP, informiert. Das umfangreiche und informative Werk wurde studiert. Im Hinblick auf den Budgetprozess 2014 und die folgenden Jahre wurden einige Themen diskutiert. Jetzt geht es jedoch darum, das vergangene Jahr abzuschliessen. Daher wird nur eine Bemerkung angebracht. Die Steuererträge der natürlichen Personen, man hat dies schon mehrfach gehört, sind bereits zum zweiten Mal in Folge gesunken. Die Unternehmenssteuern stagnieren leider auf tiefem Niveau. Man weiss, dass sich Zofingen in der Vergangenheit dank einer kleinen Zahl sehr guter Steuerzahler einiges leisten konnte. Es ist nicht einfach zu beantworten, was gegen das Abbröckeln dieses wichtigen Steuersegmentes unternommen werden könnte. Eine Steuererhöhung wäre aber sicherlich nicht förderlich. Darum spricht man sich beim laufenden Sparprozess weiterhin für eine unvoreingenommene Hinterfragung der Leistungen aus. Damit sind natürlich diejenigen Positionen gemeint, welche auf Gemeindeebene beeinflussbar sind.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, stellt sich die Frage, was noch nicht erwähnt wurde. Der FGPK-Präsident gab einen guten Überblick über die Zahlenwelt von Zofingen. Es liegen alle Fakten auf dem Tisch. Man könnte darüber noch lange debattieren. Aber alle konnten feststellen, dass das Geld wie Sand durch die Finger rinnt. Was ihn mit ziemlichem Schrecken erfüllt, ist die Tatsache, dass einfach so festgestellt wird, dass die Schulden kommen werden und das nun einfach so ist. Jakob Lang erwähnte vorher, es sei klar, dass man sich verschulden müsse. Wenn jetzt Schulden gemacht werden, häufen sich diese für die kommende Generation an, welche für das Abtragen verantwortlich sein wird. Genau darunter leidet man schon heute. Es wurden Schulden abgebaut und auf Investitionen verzichtet. Gerade deshalb muss jetzt darüber diskutiert werden, welche Investitionen soll man tätigen und auf welche soll verzichtet werden. Dabei handelt es sich um eine sehr konfuse Si-



tuation. Wenn man nun schon wieder darüber redet, Schulden zu machen, so wird der Berg einfach weitergeschoben zu den kommenden Generationen. Ihm erscheint ein solches Verhalten etwas fahrlässig. Er bringt als Beispiel, dass die Stadt Liegenschaften im Wert von ca. CHF 350 Mio. hat. Bei konservativer Berechnung ergeben sich jährliche Unterhaltskosten von ungefähr CHF 3,5 Mio. Nun kann man sagen, es gibt einige ältere Liegenschaften oder solche, bei welchen der Aufwand noch nicht bekannt ist. Dadurch kann nochmals eine Senkung erfolgen. Aber bei Konsultation der Rechnung findet sich nirgends ein Betrag für den Gebäudeunterhalt, der höher als CHF 1 Mio. ist. Das was jetzt nicht erledigt und zurückgestellt wird, kommt auf das erwähnte Häuflein für die kommende Generation. In der Rechnung kann auch nachgelesen werden, dass der Investitionsplan nicht vollständig ist – dies wird er noch öfters erwähnen. Man hat bei der Prüfung festgestellt, dass z.B. in der Badi Zofingen gewisse notwendige Investitionen im Investitionsplan überhaupt nicht erscheinen. Dabei handelt es sich um einen mindestens 6-stelligen Betrag – wenn nicht sogar noch mehr. Und in ein paar Jahren wird dann wieder gesagt: „Ui, das wurde aber nicht mitgeteilt“. Darum müssen sowohl der Investitionsplan als auch die Zukunft dringend ganz genau geprüft werden, damit es keine Überraschungen gibt und man sich Vorwürfe machen muss, zuwenig gut geprüft zu haben.

In der Medienmitteilung der SP konnte man lesen, dass Optimierungen laufen und man dafür ist, weitere Überprüfungen durchzuführen. Diese Möglichkeiten sind jedoch limitiert. Man ist überzeugt, dass an gewissen Aufgaben und Dienstleistungen noch gefeilt werden kann und weitere Einsparungen möglich sind. Aber der zukünftige Bedarf wird mit den laufenden Massnahmen niemals erreicht. Mit dieser Aussage kommt Marcel Thüler zurück auf die Aussage, man müsse sich verschulden. Er selber findet das gar keine gute Lösung.

In der Stadtverwaltung arbeiten jeden Tag mehrere Personen an dieser Rechnung. Diese wurden alle in der Budgetdiskussion und bei der Rechnungsprüfung dankend erwähnt. Aber man muss sich bewusst sein, dass alle diese Personen ihre Arbeit für Zofingen und für den Rat erledigen und das jeden Tag. Man hat immer wieder über einzelne Posten gesprochen und man hört vieles auf der Strasse und hinter vorgehaltener Hand. Es ist ihm ein Bedürfnis, wirklich danke zu sagen, nicht nur für die Zusammenarbeit in Bezug auf die Rechnung, sondern auch für die Arbeit, die tagtäglich erledigt wird. Er legt den anwesenden Bereichsleitern nahe, diesen Dank in die Abteilungen weiterzutragen und er hofft auf weiterhin gute Zusammenarbeit für Zofingen und für ein zukünftiges Zofingen.

Als Nachtrag wird noch der Geschäftsbericht der StWZ Energie AG angeführt. Zofingen hat 2012 Aktiensteuereinnahmen von CHF 2'718'740.55 erzielt. Die StWZ Energie AG hat mit CHF 837'999.– zu diesem Ergebnis beigetragen. Man kann nun selber ausrechnen, wie hoch die anderen Aktiensteuererträge sind.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

Zuerst erfolgt die Beratung der Jahresrechnung 2012. Wie man in den Mitteilungen der Fraktionen lesen konnte und heute gehört wurde, sind die Jahresrechnung und der Jahresbericht nicht sehr umstritten. Das hat das Büro bewogen, zuerst den Zahlenteil der Jahresrechnung als Ganzes zur Diskussion zu stellen und anschliessend daran, den Geschäftsbericht wiederum als Ganzes zu diskutieren. Nur über die Anträge wird einzeln abgestimmt werden. Der Präsident bittet darum, bei den Voten jeweils die Seitenzahlen sowie die Kontonummern und die Bezeichnung bekannt zu geben, damit ein Nachschlagen möglich ist. Er beginnt mit der Beratung der Jahresrechnung/Zahlenteil und der dazugehörigen Bemerkungen und bittet den Rat, die offenen Fragen zu stellen und die Voten zur gesamten Jahresrechnung abzugeben.



Hr. **Marco Arni**, DYM/glp, hat eine Frage zum ominösen Kürzel HRM2 – harmonisiertes Rechnungsmodell 2. Dieses wird nun erstmals etwas konkretisiert in Kapitel 2 Bildung, Seite 40, Konto 213.362.01 Betriebskostenanteil BZZ. Es wird erklärt, dass dort eine doppelte Buchung erfolgt wegen HRM2. Die Buchung an sich wird nicht in Frage gestellt, es soll lediglich beantwortet werden, wie geht es weiter und mit welchen Auswirkungen ist zu rechnen. Es handelt sich ja eher um ein buchhalterisches als um ein substantielles Vorgehen, welches aber eine Auswirkung auf die Zahlen haben wird. Soviel ihm bekannt ist, kommt HRM2 in voller Blüte auf die Kommunen und auf Zofingen zu, daher möchte er wissen, ob schon Erfahrungswerte vorhanden sind. Er hat den Stadtammann bereits einige Male danach gefragt, aber dieser hat bis anhin nur sehr ausweichend geantwortet. Aber da es nun konkret wird, möchte er genauere Auskünfte erhalten.

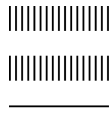
Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, ist der Meinung, man könne zu diesem Zeitpunkt endlich etwas mehr sagen. Der Leiter Finanzen und er selber haben sich heute den ganzen Tag mit dem Budget 2014 beschäftigt. Zuerst möchte er den konkreten Punkt BZZ-Verrechnungen beantworten. Diese Position ist zufälligerweise bei HRM2 eingegliedert. Aber es kam bereits in der Vergangenheit zu solchen Verschiebungen. Grundsätzlich geht es darum, zu welchem Zeitpunkt Belastungen, die während eines Jahres anfallen, aber erst Ende Jahr abgerechnet werden, verbucht werden. Bis anhin gab es verschiedenste Positionen, die jeweils erst ein Jahr später in der Rechnung verbucht wurden. So wurde es auch bei den Verrechnungen beim BZZ gehandhabt; dies, weil mit dem Kanton ein sogenannter Joint Venture besteht. Am Schluss wurde jeweils abgerechnet und aufgeschlüsselt, welchen Anteil den einzelnen Partizipierenden angerechnet wird. Es gab in der Vergangenheit auch andere Stellen, wo man von Verrechnungen im Folgejahr zur Verrechnung im laufenden Jahr umgestellt hat, wie dies kostenmässig und finanztechnisch richtiger ist. So ist der Betrag beim BZZ zustande gekommen. Dieser Effekt taucht einmalig auf, danach ist man „in Time“. Ab jetzt wird immer im laufenden Jahr verrechnet was an Kosten angefallen ist. Das hat mit HRM2 insofern zu tun, dass dort eine solche Verrechnungsart gefordert wird.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass HRM2 den Gemeinden ganz andere Abschreibungspraxen bringen wird. Konkret bedeutet dies, dass z.B. das ganze Liegenschaftsportfolio oder auch der Bereich Strassen neu bewertet werden. Er verrät vermutlich keine grossen Geheimnisse, wenn er erwähnt, dass es im Vergleich zu den jetzigen Bewertungen eine Aufwertung geben wird. Da es sich um eine massive Aufwertung handelt, steigen entsprechend auch die Abschreibungen. Die Auswirkungen werden sehr unterschiedlich sein, je nach Abteilung. Das aufgrund der zum Teil sehr verschiedenen Bedürfnisse beispielsweise der Immobilien. Es erübrigt sich wohl, noch weitere ausschweifende Erklärungen zu geben. Es werden bestimmte Einführungskurse veranstaltet für Interessierte, damit die neue Art der Budgetierung und Rechnungslegung trainiert werden kann. Bis jetzt kann gesagt werden, die Verwaltung hat bereits den ersten Lauf hinter sich gebracht und bravourös gemeistert. Die Zahlen werden dadurch zwar nicht besser, aber es ergaben sich keine grösseren Probleme.

Nachdem das Wort zur Jahresrechnung nicht mehr verlangt wird, beginnt die Beratung des Jahresberichtes. Der **Vorsitzende** stellt diesen als Ganzes zur Diskussion. Es erfolgen keine Wortmeldungen, woraufhin der Präsident über die Anträge des Stadtrates abstimmen lässt:

1. Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2012 sei zu genehmigen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 38:0 Stimmen angenommen.



2. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2012 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

3. Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- 3.1 Sanierungs- und Neubauarbeiten Sportanlage Trinerplatten (GK 108)

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

- 3.2 Umwelttechnische Sanierung Schiessanlage „Heitern“ und Einbau künstliche Kugelfänge und umwelttechnische Sanierung und Stilllegung Schiessanlage „Rottanne“ (GK 155)

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.3 Umbau und Sanierung Kustorei (GK 208)

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

- 3.4 Neubau Pflegezentrum: Projektierung sowie Planersubmission Umbau Rosenberg und Anpassungen Tanner (GK 186)

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.5 Erneuerungen der Kanalisationen nach GEP 2010 (GK 41)

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

- 3.6 Pflanzland-Verlegung Brühl in das Gebiet Spitalrühl/Aesch (GK 49)

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

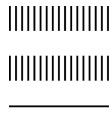
- 3.7 Wannenweg – Sanierung und Fertigstellung

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

4. Folgende Motionen und Postulate seien als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben:

- 4.1 GK 1 (1) Motion der Einwohnerratsfraktion „Aktives Zofingen – az – Junge parteipolitisch neutrale Zofinger“ vom 20. September 1971 betr. Streichung des Philosophenweges und der Kunzenbadstrasse aus dem Überbauungsplan

Die Motion wird mit 37:0 Stimmen als erledigt abgeschrieben.



- 4.2 GK 12 (112) Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 17. September 2007 betr. Verkehrskonzept Trinerplatten

Die Motion wird mit 36:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) als erledigt abgeschlossen.

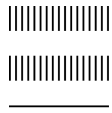
- 4.3 GK 13 (130) Motion der Fraktion der Dynamischen Mitte vom 26. November 2007 betr. Zentrumsparking (Altstadtparking)

Die Motion wird mit 36:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) als erledigt abgeschlossen.

- 4.4 GK 14 (145) Postulat der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Erhöhte Sicherheit für Schulkinder ums Gemeindeschulhaus Zofingen

Das Postulat wird mit 36:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) als erledigt abgeschlossen.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, bedankt sich im Namen des ganzen Stadtrates und auch denjenigen, die an diesem Rechnungsabschluss gearbeitet haben, ganz herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Prüfteams der FGPK. Ebenfalls ein Dankeschön für die Voten am heutigen Abend. Er nimmt Stellung zu diesen Wortmeldungen, indem er feststellt, dass Zofingen von der Realität eingeholt worden ist. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Es muss deshalb ein grosses Augenmerk auf die Finanzen gelegt werden sowie auf die Zukunft und die Optimierungsprozesse, die miteinander erarbeitet wurden. Es scheint ihm jedoch auch sehr wichtig, trotz der schwarzen Wolken und negativen Voraussetzungen, die Zuversicht nicht ganz zu verlieren. Es bestehen eigentlich gute Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Stadt. Es wurden bereits Samen gesät. Die noch sehr kleinen Pflanzen müssen nun aber gut gehegt und gepflegt werden. Er denkt dabei an die verschiedenen Entwicklungsschwerpunkte, an Entwicklungsschilder wie z.B. die Untere Vorstadt. Was die Arbeitszonen anbelangt, ist das Gebiet Siegfriedareal zu erwähnen. Es ist sehr wichtig, dass auch dieser Teil gepflegt wird. Man soll nicht nur einseitig Optimierungen im Hinblick auf Abstriche, sondern auch Optimierungsmassnahmen vornehmen, um neue Einnahmen zu generieren. Ganz wichtig ist es ebenfalls, gegen aussen ein positives Signal zu setzen. Dabei sind alle gefordert, dieses positive Signal nicht nur allein in der Stadt zu verbreiten, sondern wirklich nach aussen zu tragen zu jenen Personen, die man gerne neu in Zofingen hätte. Denn ehrlich gesagt, wenn man sich in eine neue Gemeinde begibt, sei es um dort zu arbeiten oder zu wohnen, dann möchte man ja nicht irgendwo hin, wo alle nur jammern. Also liegt es an allen Zofingern, die positiven Signale zu senden. Es liegt an allen, in die Hände zu spucken und die Zukunft aktiv zu gestalten. Das wurde bereits während des Optimierungsprozesses von Seiten des Stadtrates als sehr konstruktiv empfunden. Auch dafür gebührt der Dank. Diese Arbeit ist natürlich nicht beendet. Aber wenn sie in einem positiven und konstruktiven Geist weitergeführt wird, so sieht das auch von aussen betrachtet um einiges besser aus, als wenn man sich gegenseitig anjammert. Er ermuntert dazu, trotz der schwierigen finanziellen Lage den Optimismus beizubehalten und zu zeigen. Es soll daran geglaubt werden, dass die Stadt trotzdem ganz tolle Zukunftsperspektiven hat.



Art. 141

GK 162

Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Zofingen und Brittnau über den Zusammenschluss ihrer Bezirksschulen

Immer wieder ist die Rede davon, dass die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit gesucht und nach Möglichkeit ausgebaut werden solle, hält Hr. **Dominik Gresch**, DYM/glp, Referent der FGPK, einleitend fest. Genau darum geht es in der Vorlage GK 162 über den Zusammenschluss der Bezirksschulen von Zofingen und Brittnau. Auslöser für dieses Geschäft war der Umstand, dass die Bezirksschule Brittnau die geforderte Mindestgrösse gemäss der kantonalen Gesetzesrevision zur Stärkung der Volksschule nicht mehr erreichen können. Für die Umsetzung dieser Vorgaben haben die Bezirksschulen maximal bis Juli 2021 Zeit. Brittnau hätte durchaus noch zuwarten können. Trotzdem trat die Nachbargemeinde an Zofingen heran, um eine schnelle und gute Lösung zu finden. Auch Zofingen verliert mit dem Wechsel auf 6/3 einen Viertel der Oberstufenklassen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Anzahl der Lehrpersonen (Stichwort Braindrain) und die Auslastung der Schulräume. Insofern hat auch Zofingen ein vitales Interesse an einer Zusammenarbeit, kann doch die bevorstehende Umstrukturierung mit der Integration der Schülerinnen und Schüler aus Brittnau zu einem grossen Teil aufgefangen werden. Der angestrebte Zusammenschluss der Bezirksschulen entspricht also einer typischen Win-win-Situation mit Vorteilen für beide Seiten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter erstaunlich, dass die Vorlage in der FGPK zu keinen grossen Diskussionen geführt hat.

Unter anderem wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass der Vertrag in Brittnau aus Kostengründen evtl. abgelehnt werden könnte. Um dieses Risiko zu minimieren, wurden beim Anlagekostenanteil in etwa die gleichen Bedingungen angewendet wie seinerzeit mit Bottenwil und Uerkheim. Zudem wurde für den Vertrag ein ziemlich diplomatischer Titel gewählt. Denn das Vorhaben entspricht wohl eher einer freundlichen Übernahme als einem Zusammenschluss. Inzwischen ist bekannt, dass die erwähnte Befürchtung unbegründet war. Die Gemeindeversammlung von Brittnau hat den Vertrag am 13. Juni 2013 mit grosser Mehrheit angenommen. In Brittnau hiess die Vorlage übrigens „Überführung der Bezirksschule Brittnau nach Zofingen“. In unserer Nachbargemeinde wurde das Kind beim Namen genannt.

Im Weiteren wurden mehrere Detailfragen gestellt. Dabei ging es zuerst einmal um die zukünftige schulische Ausrichtung von Vordemwald. An ebendiesem Abend beschloss der Souverän von Vordemwald den Wechsel des Oberstufenstandortes ab Schuljahr 2015/16 nach Rothrist. Aktuell bedeutet dies den Wegfall von 29 Bezirksschülerinnen und -schülern. Ein weiteres Argument also für den vorliegenden Zusammenarbeitsvertrag mit Brittnau. Eine nächste Frage betraf den Ausgleich der kantonalen Mehrkosten bei der Spitalfinanzierung. So werden Zofingen vom Kanton in den nächsten Jahren voraussichtlich CHF 2,5 Mio. mehr Lehrerbesoldungskosten in Rechnung gestellt, wobei dieser Mehraufwand den Schülerzahlen entsprechend 1:1 an die auswärtigen Gemeinden weiterverrechnet wird.

Eine weitere Frage war, ob Zofingen auch jemanden abweisen könne; so wie die Schulpflege Brittnau, die gemäss § 2 des Vertrages ermächtigt ist, in begründeten Fällen den Schulbesuch in einer anderen Gemeinde zu bewilligen. Laut Schulleiter ist dies generell schwierig, jedoch sind solche Konstellationen aber glücklicherweise sehr selten. Diese Bestimmung ist demzufolge eher als Notfallklausel zu verstehen. Abschliessend wurde noch fachmännisch angeregt, unter § 3 Abs. 2 die Begriffe „Errichtung und Unterhalt“ durch „Bau und Betrieb“ zu ersetzen. Das jedoch ohne Ände-



rungsantrag sondern mit Blick auf künftige Vertragsformulierungen. Unabhängig von diesen Fragen und Wortmeldungen steht die FGPK geschlossen hinter dieser Vorlage und hat den stadträtlichen Antrag mit 8:0 Stimmen gutgeheissen.

Im Nachgang wurden in der einen oder anderen Fraktionssitzung insbesondere die befristeten, reduzierten Anlagekosten kritisch hinterfragt. Oder anders ausgedrückt, man war der Ansicht, beim vorliegenden Geschäft handle es wirklich um einen „very friendly takeover“. Ohne den folgenden Fraktionsvoten zu sehr vorgreifen zu wollen, wird festgehalten, dass diese Kritik betriebswirtschaftlich gesehen nachvollziehbar ist. Denn der Aufwand sollte grundsätzlich kostendeckend weiterverrechnet werden. So verlangt es auch das viel zitierte Verursacherprinzip. Weil im vorliegenden Fall die Investitionen in der Finanzbuchhaltung aber bereits abgeschrieben sind, entsprechen die Einnahmen sowieso einem zusätzlichen Deckungsbeitrag. Die übrigen Aargauer Gemeinden bezahlen mittlerweile die vollen Anlagekosten. Doch auch sie konnten während der ersten Jahre der Zusammenarbeit von Vorzugskonditionen profitieren. So gesehen ist das aktuelle Angebot an Brittnau den anderen Vertragspartnern gegenüber keinesfalls unfair.

Wie eingangs erwähnt, überwiegen die Vorteile des Vertrages für beide Gemeinden klar. In diesem Sinn wird namens der FGPK dazu eingeladen, dem stadträtlichen Antrag über den Zusammenschluss der Bezirksschulen ebenfalls zuzustimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Marco Arni**, DYM/glp, stellt fest, dass Dominik Gresch an der gleichen Fraktionssitzung war wie er selber. Daher weiss dieser auch, was dort diskutiert wurde. Deshalb ist, um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen, gerade vornweg zu sagen, dass die Fraktion der DYM dieses Projekt ausdrücklich begrüsst und die Brittnauer Bezirksschülerinnen und -schüler in Zofingen herzlich willkommen heisst. Es ist vollkommen klar, dass die Umsetzung des Systems 6/3 Konsequenzen auf die Oberstufenstandorte hat und es ist zweifellos allen gedient, der Bezirksschule Brittnau offene Türen zu präsentieren, nachdem diese unter die kantonal definierte kritische Grösse fällt. Wenn nun doch noch ein paar offene Fragen aufgeworfen werden, geht es nicht darum, das berühmt-berühmte Haar in der Suppe zu finden. Es ist allen bewusst, dass diese Suppe eigentlich schon gegessen ist. Dominik Gresch hat erwähnt, dass der Vertrag steht und Brittnau diesen so genehmigt hat. Substantielle Änderungen an diesem Vertrag wären nur noch möglich, wenn das ganze Projekt zurückgewiesen und über den Haufen geworfen würde. Das wäre aus Sicht der DYM nicht verhältnismässig. Trotzdem muss man sich bewusst sein, dass die Tore für die Brittnauer Bezirksschülerinnen und -schüler zu einem verhältnismässig günstigen Preis geöffnet werden. Wie auf Seite 3 der Vorlage erläutert wird, kann Brittnau bis Sommer 2020/21 von einem Sondertarif in Form von reduzierten Anlagekosten profitieren. Das ist an sich keine Katastrophe, schlimmer wird es aber, wenn die dazugehörige Argumentation gelesen wird. Obwohl er selber nicht Betriebswirt ist, scheint ihm die Aussage hanebüchen, dass die Investitionen bereits seit längerem abgeschrieben und alle Einnahmen nur noch willkommener Bonus seien. Würde in allen Bereichen so gearbeitet, sähe es für die Zofinger Stadtfinanzen mehr als dunkelrot aus. Dies als direkter Hinweis an den Stadtrat, dass mit einem solchen Denkansatz kein Fortschritt möglich ist.

Des Weiteren wird vermutet, dass sich der Stadtrat Zofingen fast nicht getraut hat, das Kind beim Namen zu nennen. Schon der Titel ist etwas abmildernd, denn es handelt sich um eine freundliche Übernahme und nicht um eine Zusammenlegung. Inzwischen konnte aber vernommen werden, dies habe andere Gründe. Brittnau habe nämlich sehr gut verhandelt, in dem Sinn, dass sie bereits jetzt einem Zusammenschluss zugestimmt haben unter der Voraussetzung eines günstigeren Tarifs. Wie



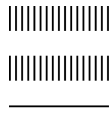
erwähnt, wäre der letztmögliche Zeitpunkt für die Zusammenführung 2021/22 gewesen. Es ist klar, dass es auch im Interesse von Zofingen liegt, dass dieser Vertrag bereits früher greift. Man fragt sich deshalb, wieso wurde der Sachverhalt nicht so kommuniziert? Man könnte doch ausführen, dass es sich dabei um ein Verhandlungsergebnis und einen politischen Kompromiss handelt, auch wenn es betriebswirtschaftlich nicht zu 100 % standhält. Man könnte ebenfalls sagen, dass Brittnau gut verhandelt habe, es aber auch im Interesse von Zofingen war, diesen Vertrag jetzt abzuschliessen. Man ist einfach der Meinung, die Begründung hätte anders lauten müssen. Wie auch immer, es stellen sich aus Sicht der DYM einige Anschlussfragen. Welche Auswirkungen hat der Rabatt für Brittnau auf andere Gemeinden? Ergibt sich daraus nicht eine Ungleichbehandlung, auch wenn es nur für sieben Jahre ist? Andere Gemeinden könnten sich ebenfalls auf die Argumentation berufen, dass die Anlage sowieso schon abgeschrieben sei und sich fragen, weshalb ihnen so viel verrechnet wird? Konkret stellt sich die Frage, wie die Regelung der Anlagekosten oder der Kosten insgesamt in den Zusammenarbeitsverträgen mit den anderen Partnergemeinden der Bezirksschulen aussieht. Wo ist die gegenseitige Transparenz? Man hört, Uerkheim - Bottenwil habe ebenfalls einen solchen Rabatt erhalten. Es ist nirgendwo ersichtlich, wie dieser genau ausgestaltet war. Ist er vergleichbar mit Brittnau? Auch diese Informationen hätte man dem Einwohnerrat zugänglich machen können. Vielleicht werden diese Auskünfte heute noch erteilt.

Eine andere Frage betrifft folgenden Punkt: Es wird immer mit den Kosten der Jahre 2012/13 gerechnet, auch bei den Anlagekosten gilt diese Basis. Man hat gehört, dass die Schülerzahlen aus verschiedenen Gründen rückläufig sein werden; verursacht nicht nur durch den Wechsel auf 6/3, sondern auch infolge des Austritts von Vordemwald aus dem Bezirksschulverband Zofingen und aufgrund des Rückgangs von Schülern aus dem luzernischen Wiggertal wie z.B. Wikon. Das bedeutet, die Anlagekosten müssen zukünftig auf weniger Schüler verteilt werden, was nach Adam Riese heissen würde, dass pro auswärtigem Schüler eigentlich höhere Anlagekosten verrechnet werden müssten als hier in der Vorlage aufgeführt. Mit Brittnau wurde ein Fixtarif vereinbart. Was bedeutet dieser Sachverhalt aber für andere Gemeinden? Werden diese die Kosten vollumfänglich weiter tragen müssen oder zeigt sich Zofingen grosszügig und übernimmt diese Kosten? Das wäre eine gut „zofingerische“ Haltung, die aber natürlich nicht unterstützt wird. Man wäre froh, wenn der Stadtrat noch etwas mehr Transparenz schaffen würde in Bezug darauf, wie dieser Rabatt einzuschätzen ist und welche Kostenfolgen auf die nächsten Jahre gesehen entstehen, wenn sich die Zusammensetzung und Grösse der Bezirksschule Zofingen weiterhin verändert.

Zum Schluss noch die Bemerkung, dass die Bezirksschule natürlich so heisst, weil es sich um eine gemeindeübergreifende Schule handelt. Mit dem Einbezug der Brittnauer Schülerinnen und Schüler wird die Bezirksschule Zofingen gestärkt, da sich das Einzugsgebiet vergrössert. Hr. Marco Arni gibt der Hoffnung Ausdruck, dass nach ein paar klärenden Erläuterungen des Stadtrates jegliches unguete Gefühl die Finanzen betreffend verflogen ist und man mit Freude Ja sagen kann zu dieser an sich inhaltlich unbestrittenen und sinnvollen Vorlage.

Fr. **Nadia Kuhn**, SVP, teilt mit, dass die SVP-Fraktion dem Vertrag zwischen den Gemeinden Zofingen und Brittnau zustimmt. Es handelt sich dabei um ein gutes Beispiel von regionaler Zusammenarbeit in einem guten Bereich.

Hr. **André Kirchhofer**, FDP, war an der bereits erwähnten Fraktionssitzung nicht anwesend. Seine Ausführungen sind trotzdem ähnlich wie die der beiden Vorredner. Daher will er diese nicht wiederholen, sondern daran anknüpfen. Man hat gehört, dass Zofingen bei den Anlagekosten Lasten schultert, welche zu den gebundenen Kosten gehören. Später folgt nochmals ein Geschäft, bei dem Zofingen gleich handelt (Stichwort Bahnhof). Es wurden heute auch bereits Investitionen bei der

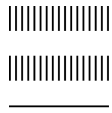


Badi erwähnt, die früher oder später getätigt werden müssen. Auch da werden vielleicht andere Gemeinden wieder direkt oder indirekt profitieren können. Was damit ausgedrückt werden soll: Zofingen macht gute Sachen – aber man tut damit auch etwas für andere Gemeinden. Nun könnte man sagen, so soll es in Zukunft nicht mehr sein, da man betriebswirtschaftlich und kostenbewusst handeln will. Das ist so nicht die Meinung der FDP. Man steht geschlossen hinter diesem Geschäft und ist der Meinung, dass in diesem Fall der Handlungsspielraum aus verschiedenen Gründen etwas begrenzt war. Das Image der Stadt Zofingen spielt dabei sicher eine Rolle, es gibt Sachzwänge, welche auch bereits erwähnt wurden und die Verhandlungsposition bei solchen Geschäften ist vermutlich auch nicht optimal. Zofingen will sich als Zentrumsgemeinde positionieren usw. Das sieht die FDP alles ein. Möglicherweise gibt es umgekehrt aber auch Bereiche, bei welchen mit Gemeinden verhandelt werden muss, wo diese Leistungen eventuell in einem stärkeren Mass freiwillige Züge annehmen. Vielleicht ist es bei solchen Leistungen dann möglich, diese in die Waagschale zu werfen. Wenn es z.B. um Tarifverhandlungen geht. Dies könnte nächstens in einem anderen Bereich aktuell werden, dass man Tarife mit anderen Gemeinden zur Sprache bringen muss. Dann ist es vielleicht möglich, Geschäfte zu erwähnen, denen Zofingen in der Vergangenheit zugestimmt und die Kosten zugunsten anderer Gemeinden geschultert hat und dass man so bei den aktuellen Verhandlungen bessere Konditionen erzielen kann.

Aber nichts desto trotz: die FDP steht geschlossen hinter diesem Geschäft. Denn letztlich handelt es sich um eine Win-win-Situation für beide Gemeinden.

Hr. **Benno Riss**, SP, macht darauf aufmerksam, dass es nun mal mit Kosten verbunden ist, wenn Zofingen die Region „führen“ will. Dies ist eine der Konsequenzen als Zentrumsgemeinde, wie dies beispielsweise für Basel oder Luzern auch der Fall ist. Man muss als Zentrumsgemeinde gewisse Kosten tragen, welche von den umliegenden Gemeinden auf mehr oder weniger freiwilliger Basis mitgetragen werden. Man ist der Meinung, dass so gelebte Zusammenarbeit in der Region aussieht. Weiterhin musste mit einem Schmunzeln festgestellt werden, dass Brittnau eben doch nicht in der Lage ist, zukünftig alles alleine zu schaffen und damit vielleicht doch ein erster Schritt gemacht worden ist für die Gründung einer grösseren, regionalen Gemeinde.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, hat einige Berechnungen angestellt und beantwortet die vorgängig gestellten Fragen. Er versucht den Sachverhalt so einfach wie möglich aufzuzeigen. Es ist effektiv so, dass Zofingen etwas im Dilemma ist. Auf der einen Seite möchte man freundschaftlich auf die Nachbargemeinden zugehen und man möchte seiner Rolle als Regionalzentrum gerecht werden. Auf der anderen Seite wird die Situation ein wenig schwieriger, wenn sich die Verhandlungen um finanzielle Belange drehen. Er führt aus, dass Zofingen durchaus hart verhandelt hat und belegt dies mit einer einfachen Rechnung. Als Basis hat er nicht 65 Schüler gewählt sondern 60 Schülerinnen und Schüler. Weiter muss davon ausgegangen werden, dass aufgrund der kantonalen Bestimmungen Brittnau seine Bezirksschule erst per Schuljahr 2021/22 aufgeben müsste. Für Zofingen wäre jedoch der Wechsel auf Schuljahr 2014/15 ideal, da im Zusammenhang mit dem Wechsel auf 6/3 im Oberstufenzentrum jede Menge Klassen verloren gehen – auch in der Bezirksschule. Man hätte in diesem Bereich eine massive Reduktion inkl. Stellenabbau vornehmen müssen. Es ist nicht zwingend, dass Brittnau seine Schüler an die Bezirksschule Zofingen schicken muss. Theoretisch könnten diese auch nach Rothrist oder an eine andere Bezirksschule wechseln, auch wenn dies natürlich nicht zweckmässig wäre. Zudem hätte sich Brittnau auf den Standpunkt stellen können, man lasse die Übergangszeit verstreichen und prüfe dann einen Wechsel auf das Schuljahr 2021/22.



Nun zur Berechnung: Es handelt sich um eine Frist von sieben Jahren. Pro Jahr betragen die Anlagekosten CHF 1'700.- x 60 Schüler/innen. Das ergibt Kosten von CHF 102'000.- oder gerundet ca. CHF 100'000.-. Dies multipliziert mit 7 Jahren ergibt den Betrag von CHF 700'000.-. Nun soll der viel diskutierte Rabatt abgezogen werden. Der Einfachheit halber wird mit CHF 500.- gerechnet. Also CHF 500.- x 60 Schüler/innen ergibt CHF 30'000.-. Dies wiederum multipliziert mit 7 Jahren entspricht CHF 210'000.-. Wenn nun also Zofingen hart geblieben wäre und Brittnau demzufolge entschieden hätte, die Frist bis 2021 abzuwarten, so hätte die Stadt insgesamt CHF 400'000.- weniger Einnahmen generiert. Zudem wird erwähnt, dass die Formulierung betr. der Abschreibungen genau gelesen werden muss. Natürlich ist „das Ding“ abgeschrieben aber das heisst nicht, dass die Anlagekosten nicht aufgrund der Amortisation berechnet werden. Zwar passiert nicht allzu viel, wenn keine Investitionen vorgenommen werden. Man bildet jedoch das ab, was in den vorhergegangenen Jahren investiert wurde. Im Bezirksschulhaus wurde dieses oder jenes investiert und es werden noch weitere Investitionen folgen müssen. Es wurde zum Beispiel in den Werkraum und den Hauswirtschaftstrakt investiert. Das wirkt sich nun auf diese Kosten aus, aber diese sinken in den nächsten Jahren wieder. Die vorher aufgestellte Berechnung ist eine rein theoretische Rechnung, die zeigen soll, dass es auch anders hätte herauskommen können. Er hofft, dass nun mit Überzeugung Ja gestimmt werden kann.

Auf Nachfrage erklärt der Stadtammann, dass es auch für Brittnau nicht attraktiv gewesen wäre, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, da wohl damit hätte gerechnet werden müssen, dass die Lehrpersonen bereits vorzeitig abwandern würden wenn das Ende per 2021 klar feststeht. Auch die Kosten, die Zofingen entstehen würden, um die ganze Infrastruktur herunterzufahren und dann ab 2021/22 wieder aufzustocken in Bezug auf das gute Lehrpersonal an der Bezirksschule, sind in dieser Rechnung noch nicht enthalten.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Der **Präsident** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Der Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Zofingen und Brittnau über den Zusammenschluss ihrer Bezirksschulen sei zu genehmigen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

Sitzungspause

Art. 142

GK 161

Bauvorhaben Seniorenzentrum Zofingen; Bericht Postulat Fraktion FDP Zofingen für ein verwaltungsexternes Projektcontrolling

Hr. **Andreas Rügger**, FDP, Sprecher der FGPK, nimmt vorweg, dass die FGPK vom Bericht des Stadtrates mit 8:0 Stimmen zustimmend Kenntnis genommen hat. An der letzten Sitzung der FGPK wurde die Projektorganisation durch Stadtrat Hans-Martin Plüss sowie durch den Projektleiter Emanuele Soldati und den Planer, Stefan Ihlenfeld, vom Planungsbüro Itten + Brechbühl AG, Bern, vor-



gestellt. Basierend auf der Ausgangslage, dass die FDP-Fraktion in ihrem Postulat ein externes Projektcontrolling verlangte, hat der Stadtrat in seinen Erläuterungen die verschiedenen Varianten dargelegt. In der Kommission wurden, pro und contra eines externen Projektcontrollings relativ intensiv diskutiert und die dazugehörigen Mechanismen wurden abgewogen.

Es ist richtig, dass bei einem komplexen Bauvorhaben mit einem nicht professionellen Bauherrn auf der einen Seite und einer professionellen Bauorganisation auf der anderen Seite ein externes Projektcontrolling notwendig ist. Es ist schwierig, wenn man einen Kollegen, der Projektleiter ist, kontrollieren und korrigieren muss. Hr. Andreas Rüegger weiss aus eigener Erfahrung, dass ein externes Projektcontrolling zu einer konsequenten Projektführung und einem ehrlichen Reporting führt. Es kam in der Kommission auch der Fall Trottenweiher zur Sprache, welcher wahrscheinlich durch ein externes Projektcontrolling hätte verhindert werden können. Hr. Ihlenfeld konnte in seiner Präsentation das vom Büro Itten + Brechbühl AG standardmässig angewandte Projektcontrolling vorstellen. Das zentrale Element stellt die Qualitätsmanagementvereinbarung dar, welche zwischen der Bauherrschaft (der Stadt Zofingen) und dem Planerbüro abgeschlossen wird. Das Planungsbüro stützt sich damit auf die anerkannten Mittel der SIA-Ordnung des schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins, nämlich auf die SIA-Normen 102 und 103. Das Büro hält sich strikte an diese Vorgaben. Es werden also zeitliche Meilensteine festgelegt, man macht ein projektbezogenes Qualitätsmanagement, man zeigt die Chancen und Risiken im Vorfeld auf und die Kosten werden laufend nachgeführt. Es ist ein klares Nachtragsmanagement vorhanden, was bedeutet, dass die Bauherrschaft laufend informiert wird und Kenntnis von sogenannten Change Requests hat. Die Kosten werden monatlich kontrolliert und das Projektreporting erfolgt quartalsweise. Das PQM ist bereits angelaufen und Hr. Ihlenfeld konnte erste Beispiele nennen.

Vorliegend handelt es sich um ein Grossprojekt; aber es handelt sich dabei auch um einen Neubau auf einer grünen Wiese. Das bedeutet ein beträchtlich kleineres Projektrisiko und ist nicht zu vergleichen mit einer umfassenden Sanierung eines Altbaus, wo ständig mit Überraschungen gerechnet werden muss. Die FGPK ist überzeugt, dass mit der Firma Itten + Brechbühl AG genügend Gewähr für die Einhaltung des Kostenrahmens gegeben ist. Mit der geplanten Baukommission der Stadt und den entsprechenden Ressourcen in der Bauverwaltung kann das erforderliche Bau- und Investitionscontrolling durchgeführt werden.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Fr. **Maja Freiermuth**, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Antwort des Stadtrates mehr oder weniger zustimmend zur Kenntnis nimmt. Es stört noch immer, dass Mitglieder der Verwaltung dieses Projekt mittragen müssen. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeit nicht unterschätzt wurde und die Schaffung neuer Stellen nicht notwendig sein wird. Die hohe Qualität des Projektcontrollings durch Itten + Brechbühl AG kann aus eigenen Reihen bestätigt werden und wird von der Fraktion sehr geschätzt.

Da die übrigen Fraktionen auf ein Votum verzichten und die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

Es folgen keine Wortmeldungen. Der **Präsident** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Der Einwohnerrat möge vom Bericht zum Postulat der Fraktion FDP Zofingen „Verwaltungsexternes Projektcontrolling für die Bauvorhaben Seniorenzentrum Zofingen“ Kenntnis nehmen.

Vom stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) Kenntnis genommen.

Art. 143

GK 159

Bahnhof SBB – Kreditbewilligung für Erweiterung, Modernisierung und behindertengerechten Ausbau

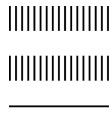
Hr. **Jan Bachmann**, FDP, Referent der FGPK, teilt mit, dass nach der Beratung des Geschäfts eine einstimmige Empfehlung mit 8:0 Stimmen zugunsten des Projektes erfolgt ist. Die Stärkung des Standortes Zofingen als Wohn- und Wirtschaftsregion, was unmittelbar mit dem Ausbau der Linie S29 in Zusammenhang gebracht werden muss sowie der weitere Ausbau des Bahnhofes, was ebenfalls einer Attraktivitätssteigerung der Stadt gleichkommt, waren die ausschlaggebenden Punkte der erfolgten Diskussion. Was aber nicht ausser Acht gelassen werden darf, ist die Tatsache, dass bei einem weiteren Ausbau des Öffentlichen Verkehrs die Einschränkungen im Individualverkehr und die Bahnschrankenschliesszeiten zunehmen und der Güterverkehr zusätzlich behindert wird. Der Slogan „Güter auf die Schienen“ erhält am Beispiel der Firma Ringier AG einen etwas faden Beigeschmack. Durch die kurzen Be- und Entladezeiten auf und von den Schienen werden gerade mal 20 % sämtlicher Papierrollen mit dem Zug angeliefert. In Anbetracht des Standortes und der Erschliessung des Eisenbahnnetzes ist das für diese Firma schon beinahe eine Katastrophe. Das ist nicht als Kritik an die Firma zu verstehen, es dient lediglich als Beispiel dafür, dass bei der Lösung des einen Problems durch Unterstützung des Öffentlichen Verkehrs ein anderes Problem beim Güterverkehr geschaffen wird. Profitieren vom Ausbau werden hoffentlich die Bewohner von Zofingen sowie die Stadt als Wirtschafts- und Wohnstandort. Federn lassen müssen wohl der Individual- und der Güterverkehr.

Dieses Geschäft zeigt einmal mehr auf, dass jede Medaille eine direkte Kehrseite hat. Die FGPK hat sich – wie eingangs erwähnt – unter Abwägung der Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken mit 8:0 Stimmen dafür ausgesprochen, dieses Geschäft zur Annahme zu empfehlen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

So unbestritten die Vorlage in der ersten Lesung war und grossmehrheitlich auch in der FGPK so beurteilt wurde, so kritisch wurde sie von der SVP-Fraktion analysiert und durchleuchtet, hält Hr. **Stefan Giezendanner**, SVP, einleitend fest. Im Gesamtrahmen darf festgestellt werden, dass die potenzielle Bauherrschaft, namentlich die SBB und weitere, keine Mühe gescheut haben, das Projekt im Vorfeld detailliert an die Bevölkerung heranzutragen und fundiert zu informieren. Leider waren – einmal mehr – nur wenige Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen an den vorausgegangenen Informationsveranstaltungen, insbesondere im April, anwesend. Hier soll eine Lanze gebrochen werden, denn es ist Aufgabe der Ratsmitglieder auch an solchen Informationsanlässen mehr Präsenz zu markieren. Es geht bei diesem Projekt um gesamthaft CHF 6 Mio. und einen möglichen Zofinger Anteil von CHF 2,23 Mio. Ist Zofingen dieses Projekt eine solche Investition wert? Nach detailliertem Studium der Vorlage wurden positive wie auch negative Punkte eruiert, die hier zusammengefasst hervorgehoben werden sollen.

Positiv: Unter Punkt 1 kann festgehalten werden, dass es in gemeinsamer Art und Weise dem Stadtrat zusammen mit der SBB darum geht, den Bahnhof Zofingen auszubauen. Die Drehscheibe Zofingen hat einen hervorragenden Anschluss Richtung Westen und es steht nun auf dem Silbertablett der ebenfalls hervorragende Anschluss in Richtung Osten zur Diskussion. Dabei handelt es sich



nicht nur um die Agglomeration von Brugg, Turgi und dem Raum Baden. Nein, es geht weiter Richtung Zürich. Unter Punkt 2 ist die zusätzliche Anbindung des Öffentlichen Verkehrs, namentlich die S29, zu erwähnen. Diese führt nicht nur die Zofingerinnen und Zofinger hinaus in die grosse, weite Welt; es wird auch die Möglichkeit geboten, dass andere zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglicherweise nach Zofingen gelangen können, insbesondere auch von Osten her, sofern Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden. Diesbezüglich sind der Stadtrat und die Stadtratspolitik gefordert – Stichwort BNO. Dies zwei ganz wichtige und positive Punkte.

So gut eine Vorlage sein mag, gibt es auch negative Aspekte, die beleuchtet werden müssen. Dazu 4 Punkte: 1. Das Projekt schafft zusätzliche Angebote und somit auch mehr Bedürfnisse. Diese führen zu Investitionen und es werden langfristig auch Betriebs- und Unterhaltskosten bis auf die Mikroebene generiert, welche durch die Bevölkerung zu tragen sind. So wie heute die Frage im Raum steht, wie die AHV und weitere Sozialwerke finanziert werden sollen, wird man sich in Zukunft die Frage stellen müssen, wie insbesondere die Schieneninfrastruktur oder der Verkehr als solches finanziert werden sollen. Warum? Weil durch die zusätzlich generierten Bedürfnisse Angebote entstehen werden, die schlichtweg irgendeinmal unbezahlbar sind.

Zu Punkt 2: Das Projekt weckt Lust auf weitere Investitionen, besonders bei der neuen Stadtregierung. Bereits wird in der Vorlage auf anstehende Planungen verwiesen, namentlich Projekte wie z.B. die Aufwertung des Bahnhofplatzes ab 2015 sowie das Betriebs- und Gestaltungskonzept Untere Grabenstrasse. Dabei handelt es sich um Investitionen von knapp CHF 4 Mio. oder konkret um CHF 3,85 Mio. Kann und will sich Zofingen das leisten? Wenn ja, wie soll dies realisiert werden? Er betont nochmals, dass das Notwendige vom Wünschbaren getrennt werden muss – heute mehr denn je.

3. Punkt: Die kontinuierlich zunehmende Beschneidung des Güterverkehrs, es wird wieder die Makroebene angesprochen, interessiert wahrscheinlich die Bevölkerung im Gegensatz zur Industrie nicht so sehr. Diese profitiert oder profitiert eben nicht mehr, wie vom Vorredner am Beispiel der Ringier AG erwähnt wurde. Durch die Verdichtung des Personenverkehrs verliert der Güterverkehr an Bedeutung und somit muss klar festgehalten werden, dass der neue Feind der Schiene eben die Schiene selber ist. Der Güterverkehr muss dem Personenverkehr weichen.

Der 4. und letzte Punkt: Mit der erhöhten Frequenz, dem Taktfahrplan, welcher im Personenverkehr vorgeschrieben ist, trägt der Verkehrsträger Schiene dazu bei, dass im privaten Individualverkehr mit der bestehenden Infrastruktur ohne Massnahmen grössere Probleme auftreten werden. Konkret angesprochen wird z.B. die Unterführung Strengelbacherstrasse und der Bahnübergang Oftringen – Zofingen. Wenn da nicht zügig Massnahmen erfolgen und der private Individualverkehr unterstützt wird indem die Projekte forciert werden, muss ein massiver Mehrstau in Kauf genommen werden.

Zusammenfassend kann nochmals festgehalten werden, dass die Vorlage mit Skepsis geprüft, sauber analysiert und studiert wurde. Die Vor- und Nachteile wurden abgewogen und man ist gesamthaft zum Schluss gekommen, dass diese Vorlage der Stadt Zofingen wie auch der Agglomeration von Zofingen dienlich ist. Die Höhe der Investition ist gerechtfertigt, da man eine Rendite in Form von Attraktivitätssteigerung aber auch eines positiven Kosten-/Nutzenverhältnisses erhält. Darum stimmt die die SVP-Fraktion dem Geschäft zu und trägt gerne dazu bei, dass der Kredit von CHF 2,23 Mio. gesprochen wird.

Hr. **Urs Plüss**, DYM/EVP, teilt mit, dass nach Prüfung des Geschäfts eine Zustimmung erfolgen wird. Man kann überall lesen, dass dadurch die Attraktivität von Zofingen gesteigert werden kann. Manchmal entsteht der Eindruck, dass Zofingen inzwischen fast ein wenig kitschig ist. Das Projekt

wird als sinnvoll erachtet, weil es viele neue Möglichkeiten eröffnet. Man hofft, dass es sich wirklich so auswirkt, dass wieder bessere Steuerzahler angezogen werden. Es wird diesbezüglich viel unter-
nommen, das wurde heute bereits erwähnt. Wie Stadtmann Hottiger sagte, wurden viele kleine
Pflanzen gesetzt, nun müssen diese noch wachsen. Vielleicht braucht es noch etwas Dünger und
Wasser. Nebenbei bemerkt, war er an der Infoveranstaltung im April ebenfalls dabei. Er kann dazu
noch ausführen, dass die von Stefan Giezendanner aufgeworfene Frage betr. Güterverkehr und sei-
ne Auslegung der Antwort von ihm anders verstanden wurden. Aber vielleicht liegt dies in einer
Grauzone. Die als kompetent eingeschätzten Spezialisten liessen damals durchblicken, dass die
Situation mit dem Güterverkehr sehr wohl bedacht wurde.

Das Projekt kostet natürlich viel Geld und das Negative daran ist, dass man relativ wenig Einfluss
darauf nehmen kann. Zudem werden auch Folgekosten entstehen durch den Unterhalt usw. – wie
dies durch den Vorredner bereits ausgeführt wurde. Hr. Urs Plüss würde sich aber wünschen, dass
auch alle Kreiselprojekte so detailliert angeschaut werden betr. Nutzen, Wünschbarem und Not-
wendigem. Aber wie eingangs erwähnt, wird diesem Antrag zugestimmt.

Hr. **Christian Nöthiger**, SP, führt aus, dass der Vorlage einstimmig zugestimmt werden wird. Es
handelt sich nicht um eine grosse Überraschung, dass die SP einem Projekt betr. Öffentlichem Ver-
kehr zustimmt. Darum sollen nicht die gleichen Argumente nochmals wiederholt werden, sondern er
weist stattdessen auf die historische Bedeutung des Entscheides hin. In allen Unterlagen kann man
nachlesen, dass es zum Teil auch um die sogenannte Nationalbahn geht. Diese heisst nach wie vor
so und es ist wohl die „zofingerischste“ Eisenbahn, die es in der Schweiz gibt. Schliesslich wurde sie
im Auftrag der Stadt Zofingen zusammen mit Baden, Lenzburg und Winterthur gebaut. Es ist aller-
dings auch bekannt, dass es sich bei diesem Projekt um einen ziemlichen Flop handelte. Nach nur
vier Monaten Vollbetrieb musste die Gesellschaft vor 135 Jahren Konkurs anmelden. Auch ein gutes
Beispiel dafür, was passiert, wenn nicht vorhandenes Geld investiert wird. Man hatte CHF 4,1 Mio.
investiert und musste nachher 65 Jahre, bis 1943, die Schulden abzahlen. Nun könnte man sich
natürlich fragen, will man da wirklich nochmals über CHF 2 Mio. reinstecken, nachdem bereits so-
viel Geld verloren ging. Aber es gibt gute Gründe, weshalb man sagen könnte, es werden ein paar
der damals gemachten Fehler korrigiert. Davon abgesehen, handelt es sich auch nicht um dieselben
Dimensionen. Zofingen bezahlt nicht mehr die ganze Strecke (bzw. 1/4 davon), sondern es gibt ande-
re Bahnhöfe an der Strecke, die ihre Sanierung bereits beschlossen haben oder noch beschliessen
werden. Zofingen bezahlt nur den Endpunkt. Zudem würde es ein wenig komisch anmuten, wenn
alle anderen die Bahnhöfe saniert würden und Zofingen als Endpunkt verzichtet auf eine Sanierung.

Einer der Gründe für das Scheitern der damaligen Firma war die Idee, man könne Zürich und Aarau
umfahren und habe trotzdem Passagiere. Ein Teil des Geldes wird ja auch investiert, um die Verbin-
dung nach Aarau zu verbessern, damit man nicht mehr ein Drittel der Reisezeit nach Aarau am
Bahnhof Olten verbringen muss. Dabei handelt es sich natürlich um eine sehr grosse Attraktivitäts-
steigerung für Zofingen. Und wenn man darauf hinarbeitet, dass Zofingen sich jedes Jahr um 200
Einwohner vergrössern soll, so kommt man vermutlich nicht um dieses Projekt herum, auch wenn
der Betrag sehr hoch ist. Deshalb wird der Vorlage unbestritten zugestimmt.

Hr. **Jakob Lang**, FDP, dankt für den launigen Beitrag des Vorredners. Er ist froh, einen solchen
Steilpass erhalten zu haben. Dieses Geschäft, bei dem die SBB mit CHF 2,27 Mio. durch Zofingen
unterstützt werden soll, ist unter den heutigen Gesichtspunkten als too big to fail einzustufen. Inso-
fern sinkt das Risiko der Stadt Zofingen für diese Investition gegen null – im Gegensatz zu früher mit
der Nationalbahn. Was bekommt die Stadt für dieses Geld? Ein erhöhter Takt auf der Nationalbahn-
Strecke mit – natürlich – einer vermehrt geschlossenen Bahnschranke. Es gibt eine neue S-Bahn



und man muss in Zukunft am Bahnhof Olten nicht mehr frieren. Das ist eine grosse Errungenschaft. Wenn man von dort aus weiterfährt, kommt man bis in der Raum Brugg, wo neu der Campus steht. Auch das eine weitere wichtige Errungenschaft. Zusätzlich wird der Perron behindertengerecht umgebaut und den gesetzlichen Anforderungen angepasst. Ausserdem wird ein Veloständer gebaut für CHF 210'000.–, von denen Zofingen jedoch nur die Hälfte bezahlen muss.

Die Vorteile dieser Neuerungen sind klar. Zofingen wird endlich dem Kanton Aargau angeschlossen, was eine gute Sache ist. Bedauerlicherweise endet die S29 in Turgi und wird nicht bis Baden weitergeführt. Das wäre cool gewesen. Die gesetzlichen Auflagen betr. behindertengerechtes Bauen werden (teuer) erfüllt. Die offenen Fragen und Unsicherheiten wurden glücklicherweise bereits angesprochen. Es ergeben sich Folgekosten. Wenn man heute Ja zu diesem Projekt sagt, wird wieder etwas bestellt. Es wird jetzt „Eisenbahn“ bestellt. Das muss man sich ganz klar bewusst sein. Und das Bestellen von „Eisenbahn“ kostet viel Geld. Die Kostensteigerung von 4 % kann nicht ganz nachvollzogen werden. Dazu ergibt sich ein neuer Verteilschlüssel in der Zukunft. Man kann davon ausgehen, dass die kleinen Gemeinden weiter geschont werden, während die Zentrumsgemeinden noch mehr belastet werden. Und natürlich: man erhält eine Bike and Ride-Anlage, was auch super ist.

Unter III, Punkt 5, sind die entsprechenden Neuerungen, die in Zukunft geplant sind und offenbar mit dieser Vorlage auch irgendwie verknüpft werden, erwähnt (SBB-Unterführung K233, bei welcher nächstens der Bau beginnt; Kreisel Güterstrasse/Untere Grabenstrasse, der bald fertig ist; Areal Untere Vorstadt, wo mittlerweile etwas mehr Klarheit bezüglich Aussehen herrscht; Betriebs- und Gestaltungskonzept K104; Siegerprojekt der Gestaltung Untere Grabenstrasse/Bahnhofplatz). Dies obwohl kein klarer innerer Zusammenhang vorhanden ist und für die FDP auch ganz klar nicht besteht. Explizit wird betont, dass die Zustimmung zum Projekt der Eisenbahn nicht gleichzusetzen ist mit einer Zustimmung zum Projekt Untere Grabenstrasse/Bahnhofplatz. Es wird kein Präjudiz geschaffen und es erfolgt keine Verknüpfung mit der zukünftigen Vorlage. Die FDP stimmt aber den vorgängig ausgeführten Leistungsverbesserungen zu.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

III Geplante Ausbaumassnahmen beim Bahnhof Zofingen SBB

Es geht um **4. Bike and Ride-Anlage**, wie Hr. **Benjamin Gut**, SP, ausführt. Dort steht nur sehr wenig; nämlich, dass die bestehenden Bike and Ride-Anlagen längs dem Perron 1 mit der Umnutzung von Gleis 1 angepasst werden. Dafür eingestellt sind CHF 210'000.–. Er hält den Betrag für sehr hoch und findet, man sollte detaillierter erklärt erhalten, was genau gemacht wird. Denn mit CHF 200'000.– könnte man beispielsweise eine mittelgrosse Scheune bauen.

Hr. **Urs Plüss**, DYM/EVP, hält fest, dass bei **5. Weitere Projekte im Umfeld des Bahnhofs** die Verknüpfung der Vorlage mit dem Ausbau/Verschönerung Bahnhofplatz/Untere Grabenstrasse bereits von Jakob Lang angetönt wurde. Ist es wirklich garantiert, dass dieses Vorhaben losgelöst von der aktuellen Vorlage ist und später dem Einwohnerrat separat zur Beschlussfassung vorgelegt wird?

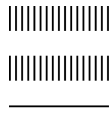
Auch Hr. **Jakob Lang**, FDP, stellt eine Frage zu **4. Bike and Ride-Anlage**. Konkret interessiert ihn, wie viele Bike and Ride-Plätze entstehen und wie hoch die Kosten pro Veloständer sind. Ist allenfalls eine Elektrovoltaike-Anlage auf dem Dach des Veloständers geplant?

Hr. **Marcel Thüler**, SP, hat eine Frage zu Punkt **3. Behindertengerechter Ausbau des Bahnhofs**. Es ist aufgeführt, dass die SBB den Perron bei den Gleisen 2 und 3 in Zukunft auch erhöhen wird, damit er ebenfalls behindertengerecht ist. Dieser ist im Moment nicht auf der Normhöhe. Es stellt sich die Frage, ob die Projekte, welche sich in der Hoheit der SBB befinden, auch wirklich abgestimmt sind. Man hört momentan nur von Baustellen beim Bahnübergang Unterführung, bei Gleis 1 und 40/41, Perronerhöhung. Es handelt sich ja auch um Zofinger Geld, das von der SBB ausgegeben wird und er fragt sich, ob die Synergien wirklich genutzt werden. Weiss man, ob die Ausführung gleichzeitig erfolgen wird oder ist mit einer ewigen Bauerei zu rechnen? Es wäre doch schön, wenn der Bahnhof einmal in einem Guss fertig wäre.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, äussert sich zuerst zur **Bike and Ride-Anlage**. Im Moment stehen in der Nähe des Perrons 1 ca. 30 Abstellplätze für Velos sowie ca. 15 Abstellplätze für Roller und Mofas zur Verfügung. Da dies aufgrund der Gleisverlängerung verändert werden muss und von noch mehr Personen frequentiert werden soll, muss die dortige Anlage weichen. Es ist bereits jetzt relativ eng – wer sein Velo dort parkiert, weiss das. Die Parkplätze an diesem Standort sind sehr beliebt, das merkt man daran, dass viel mehr Fahrzeuge abgestellt sind als eigentlich vorgesehen. Da dort die Menschen zirkulieren sollen, ist dies jedoch sehr ungünstig. Daher muss die Anlage verschoben werden.

Grundsätzlich wollte die SBB alle Veloabstellplätze auf die Westseite verschieben, wo sich auch bereits Abstellplätze befinden. Dagegen hat man sich natürlich gewehrt, weil diese Lösung überhaupt nicht benutzerfreundlich wäre. Es müssen auf der Ostseite zusätzliche Plätze geschaffen werden, da sich da ohnehin schon zu wenige befinden. Die Anlage wird unter das Vordach der alten Post verschoben und wird dort doppelstöckig angeordnet. Es sollen in Zukunft ca. 200 Veloabstellplätze vorhanden sein. Zurzeit befinden sich dort bereits ca. 140 Plätze. Daher handelt es sich um einen kleinen Ausbau, der aber der Auslöser ist, weil im Moment auf dieser Seite zu wenig Abstellplätze vorhanden sind und der bisherige Abstellplatz in unmittelbarer Perronnähe nicht weiter betrieben werden kann. Diese Plätze standen bereits vor einigen Jahren zur Diskussion. Der Stadtammann erinnert sich, dass damals das ganze Bahnhofareal inspiziert wurde, um einen geeigneten Ersatzstandort zu finden. Damals betragen die Kosten pro Ständer ca. CHF 10'000.– weshalb schlussendlich auf die Verlegung verzichtet wurde. Somit sind die heutigen Kosten doch etwas tiefer. Was gesagt werden muss, man befindet sich momentan in einem Kostenrahmen von +/- 20 %. Das ist der Stand am Anfang des Projektes. Im Ausführungsprojekt können dann genauere Angaben gemacht werden, wie die Veloständer genau angeordnet werden. Noch eine Bemerkung dazu: Dieses Projekt ist unabhängig vom Projekt „Kunst am Bau“, bei welchem auf dem Bahnhofplatz bzw. halb versetzt auch Velos parkiert werden. Das ist damit nicht gemeint. Diese werden separat behandelt.

Überleitend zur nächsten Frage, ob die Projekte wirklich alle unabhängig voneinander sind (**5. Weitere Projekte im Umfeld des Bahnhofs**), kann klar festgehalten werden, dass dem effektiv so ist. Er erinnert sich jedoch, dass in einigen der letzten Vorlagen bemängelt wurde, dass der grössere Zusammenhang fehlt. Da diese Kritik mehrmals erfolgte, hat man dies hier nun berücksichtigt und zusätzlich informiert, was in diesem Perimeter noch alles geplant ist. Aber es handelt sich wirklich um jeweils separate Projekte. Zu dem Projekt, welches am kritischsten angesprochen wurde, nämlich die Sanierung des Bahnhofplatzes, ist zu sagen, dass dieses Projekt beim Agglomerationsprogramm in der 2. Etappe angemeldet ist. Diesbezüglich sollte in den nächsten Wochen der Bericht eintreffen, ob mit einer Zusatzfinanzierung aus dem Agglomerationsprogramm für das Projekt Bahnhofplatz gerechnet werden kann. Je nach Entscheidung wird das Projekt dann mit mehr oder weniger Priorität weiter bearbeitet und anschliessend dem Rat präsentiert. Aber das ist selbstverständlich völlig unabhängig, genau wie die anderen Projekte auch. Die aufgeführten Projekte, z.B. die Untere



Vorstadt oder das K104-Aufwertungsprojekt sind hier enthalten, weil sie in direktem Zusammenhang mit der Bewertung stehen, was für Wohnungen angeboten werden können (Fussdistanz zum Bahnhof etc.).

Da die neue Anlage (**4. Bike and Ride-Anlage**) unter dem Dach der alten Post zu stehen kommt, besteht wohl keine Möglichkeit zur Montage einer Photovoltaik-Anlage. Der Stadtammann kennt sich mit den gesetzlichen Vorgaben nicht so genau aus, aber er ist der Meinung, dass aufgrund der Altstadtnähe eine solche Anlage nicht erlaubt wäre.

Betr. Baustellenkoordination (**3. Behindertengerechter Ausbau des Bahnhofs**) geht man davon aus, dass dies zu gegebener Zeit sicher geprüft wird. Das ist aber erst möglich, wenn konkret feststeht, wann welches Bauprojekt an die Hand genommen wird. Die entsprechende Prüfung erfolgt bei der Detailplanung. Sicher ist bekannt, dass es leider nicht immer genau so läuft, wie man es gerne hätte. Das musste bei der Unterführung Strengelbacherstrasse bitter erfahren werden. Wenn man ab Vorliegen des Bauprojektes mit Einsparungen rechnen muss, welche zu Verzögerungen von mehreren Jahren führen können, kann keine abschliessende Koordination vorgenommen werden.

Es folgen keine weiteren Voten. Der **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Modernisierung, Erweiterung und den behindertengerechten Ausbau sowie die Erhöhung und Verlängerung des Perrons 1 sei ein indexierter Verpflichtungskredit von brutto CHF 2'300'000.- (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, als Beitrag der Stadt Zofingen zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Art. 144

GK 160

Hochwasserschutz, Renaturierung und Aufwertung Dorfbach/Grenzbach (3. Etappe) – Kreditbewilligung

Hr. **Michael Wacker**, SP, Referent der FGPK, hält sich kurz, da die Diskussion anschliessend erfolgen wird. Das jedenfalls pfeifen die Spatzen von den Dächern. In der FGPK wurde das Projekt geprüft und zu diesem Zeitpunkt war es offenbar für sämtliche Mitglieder der FGPK schlüssig. Es gab keine grossen Diskussionen. Erwähnt wurde, dass die Notwendigkeit für die 3. Etappe vorhanden ist, nachdem die 1. und 2. Etappe bereits abgeschlossen sind. Nach den intensiven Regenfällen der letzten Monate, die alle miterlebt haben, kann man sagen, dass wohl dank der Massnahmen der ersten beiden Etappen Teile der Gemeinde verschont geblieben sind. Die jetzt anstehende Etappe ist ebenfalls notwendig, da es gemäss den erhaltenen Informationen äusserst knapp gelaufen sei. Von daher war es für die FGPK an sich klar, dass es sich um ein notwendiges Projekt handelt und man hat ihm einstimmig zugestimmt.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Präsident** die Eintretensdebatte.

Hr. **Urs Bürkli**, FDP, erklärt, dass dieses Geschäft in der FDP-Fraktion nicht zu grossen Diskussionen geführt hat und es wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Die SVP-Fraktion hat in der vergangenen Woche noch verschiedene Abklärungen betr. dieses Projektes getroffen, hält Hr. **Markus Gfeller**, SVP, einleitend fest. Man hat auf der Bauverwaltung die Pläne gesichtet, eine Begehung im Feld ist erfolgt und es wurden verschiedene Gespräche geführt. Dabei stellte sich heraus, dass für das kantonale Projekt zum entsprechenden Gemeindeanteil im Rat nur Ja oder Nein gestimmt werden kann, man sich aber zum Inhalt nicht äussern oder gestalterische Änderungen vornehmen kann. Für die SVP-Fraktion gibt es einige grundlegend unklare Punkte, weshalb man sich für einen Rückweisungsantrag entschieden hat.

Es wurde bereits ausgeführt, dass der Stadtbach bei Hochwasser hin und wieder Schäden verursacht, darum sind die baulichen Eingriffe unbestritten. Die Gründe für die Überflutung des Stadtbaches sind jedoch bekannt. Beim Trennbauwerk bei der Seilerei ist anfangs Dorfbach eine Röhre mit 80 cm Durchmesser auf einer Länge von ca. 50 Metern. Diese ist offenbar zu klein dimensioniert und verursacht bei Hochwasser Rückstaus. Das Trennbauwerk wird überflutet und das überschüssige Wasser gelangt in den Dorfbach. Zudem gibt es entlang des Dorfbachs noch einige Strassenquerungen, namentlich Hottigergasse und Ackerstrasse, welche in solchen Situationen ebenfalls knapp bemessen sind. Dass man nun aber auf einer geschätzten Länge von 500 Metern den Bach neu gestalten will, scheint übertrieben. Der natürliche Bachlauf mit seinem intakten Ökosystem und Kulturland im Wert von ungefähr CHF 120'000.- sollen dafür geopfert werden. Zudem soll das Trennbauwerk versetzt werden. Dafür braucht es sogar eine neue Strasse sowie einen Kehrplatz. Hr. Markus Gfeller empfindet es als Arroganz gegenüber dem Bauern, dass die notwendige Strasse auf der Seite des Kulturlandes vorgesehen wird. Zudem wird in der Vorlage mit keiner Silbe ausgeführt, warum die Erschliessung nicht von der JHCO AG her erfolgt. Dort ist bereits eine Teerstrasse bis ca. 30 Meter vor dem neu geplanten Standort des Trennbauwerks vorhanden. Wahrscheinlich schätzt man die Enteignung von Kulturland als einfacher ein, als die Verhandlung mit Baulandeigentümern über Dienstbarkeiten, Notabene nur im Gewässerraum. An der Infoveranstaltung vom 11. April 2013, zu der die Betroffenen eingeladen wurden, äusserten sich diese genau zu den nun aufgeführten Punkten. Er selber war leider nicht anwesend. Scheinbar wurden auch bestehende Dienstbarkeiten angesprochen, die offenbar bislang unberücksichtigt geblieben sind. Hr. Markus Gfeller erwähnt an dieser Stelle nur Sachen, die bereits von den Grundeigentümern am 11. April 2013 eingebracht wurden. Daher wagt er die Behauptung, dass noch viel Wasser von Mühlethal herunter fließen wird, bis das Projekt umgesetzt werden kann. Ein redimensioniertes Projekt, welches auf dem bestehenden Guten aufbaut und nur ergänzt, hätte es mit Garantie einfacher. Die beantragte Rückweisung ist kein Versuch zur Verhinderung notwendiger Massnahmen und es wird auch keine Verzögerung beabsichtigt - ganz im Gegenteil. Es geht darum, von der Exekutive eine Konzentration aufs Wesentliche einzufordern und die zahlreich aufgetauchten offenen Fragen vor dem Entscheid weiter zu bearbeiten. Die SVP-Fraktion stellt dem Einwohnerrat folgenden Antrag und ersucht um Unterstützung der Anliegen:

Das GK 160 Hochwasserschutz, Renaturierung und Aufwertung Dorfbach / Grenzbach (3. Etappe) sei zwecks Prüfung von einfacheren und zweckmässigeren Lösungen und zwecks der Bearbeitung von offenen Fragen zurückzuweisen.

Hr. **Robert Weishaupt**, DYM/CVP, teilt mit, dass die Dynamische Mitte grundsätzlich für das Projekt ist, wenn auch nicht in allen Punkten mit voller Überzeugung. Von Seiten SVP bestehen offene Fragen. Man ist ebenfalls gespannt auf die Antworten des Stadtrates, aber er denkt nicht, dass es bei der Dynamischen Mitte eine Mehrheit geben wird, die der Rückweisung zustimmt. Trotz allem empfindet er es persönlich als schön, dass ein Augenmerk auf den Umweltschutz gelegt wird und das Grauwasser resp. das Regenwasser getrennt und nicht mehr mit dem Schmutzwasser zusam-



men abgeführt wird, das anschliessend für teures Geld wieder gereinigt werden muss. Von daher wird die Dynamische Mitte dem Projekt zustimmen.

Hr. **Benjamin Gut**, SP, erklärt, dass er in den vergangenen Tagen, wie vermutlich alle anderen Ratsmitglieder auch, von den Rats-Rechten eine E-Mail erhalten hat, was bei diesem Projekt alles besser gemacht werden könnte. Er bewundert das grosse Engagement, mit welchem der Augenschein erfolgte und die Abklärungen, die gemacht wurden. Nachdem er die E-Mail durchgelesen hat, ist er jedoch der Meinung, die Vorschläge seien etwas haltlos und ein wenig fadenscheinig. Es wurden keine Fachmeinungen eingeholt oder Rückfragen bei den Projektierenden vorgenommen. Er ist überzeugt, dass diverse Überlegungen angestellt wurden, weshalb das Trennbauwerk weiter oben stehen soll und nicht nach der Seilerei.

Die Grundlagen für die gemachten Vorschläge sind Erfahrungsberichte eines 80-jährigen Herrn, der mit 80 %-iger Sicherheit ein HQ100 erlebt hat, was nicht sehr fundiert ist. Ein HQ100 hat beispielsweise bei der Wigger innerhalb von 50 Jahren zweimal stattgefunden. Eventuell dauert es aber 150 Jahre bis ein nächstes eintritt. Es ist also gut möglich, dass er gar kein solches miterlebt hat. Daher dürfen seine Aussagen – bei allem Respekt – sicherlich nicht als Grundlage dienen. Der Schluss wird als sehr aussagekräftig empfunden. Vermutlich werden die gemachten Vorschläge nicht zu einer günstigeren Variante führen. Zudem ist zu lesen, dass der Faktor Zeit wichtig sei. Das ist absolut korrekt. Eine Rückweisung würde aber mindestens 2 Jahre Aufschub bedeuten.

Grundsätzlich muss man sich auch im Klaren sein, dass man den Richtlinien des neuen Gewässerschutzgesetzes unterworfen ist. Dieses Gesetz wurde von der Schweiz genehmigt und darin wird ausgedrückt, wie mit den Gewässern, der Flora und der Fauna umgegangen werden soll. Es zwingt dazu, alle Gewässer möglichst naturnah zu sanieren, wenn Änderungen vorgenommen werden. Das wird beim vorliegenden Projekt gemacht, denn eine Renaturierung dient immer auch dem Hochwasserschutz. Zum Fazit des SP-Studiums kann gesagt werden, das Projekt wurde ordnungsgemäss ausgearbeitet und macht einen souveränen Eindruck. Der Standort des Trennbauwerks oberhalb der renaturierten Strecke erscheint sinnvoll. Ein solches nach der Seilerei zu erstellen, wäre bedeutend schwieriger wegen des Winkels. In diesem Fall müssten Eindoldungen unter die Gebäude und unter die Strassen erfolgen. Was als Anregung mitgegeben wird: wäre es möglich, die Erschliessung des angesprochenen Weges zum Trennbauwerk und den Wendeplatz begrünt zu erstellen, vielleicht mit einer Magerwiese? Evtl. könnten Weg und Wendeplatz dann noch zusätzlich als Magerwiese ausgewiesen werden?

Was nach wie vor etwas störend wirkt, sind die Neubauten oberhalb der Seilerei, welche sehr in Bachnähe erstellt wurden. Es tauchte die Frage auf, weshalb diese so nah stehen. Normalerweise gibt es eine Baulinie mit einem bestimmten Abstand zum Bach. Aber diese Frage hat im Prinzip mit der Ausführung dieses Projektes nicht allzu viel zu tun und steht daher auch nicht im Weg. Deswegen wird dem Projekt geschlossen zugestimmt.

Gemäss Fraktionssprecher der FDP war man der Meinung, man könne dem Projekt geschlossen zustimmen, hält Hr. **André Kirchhofer**, FDP, einleitend fest. Nachdem er nun aber das kritische Votum der SVP gehört hat, ist er sehr dankbar für die getätigten Abklärungen. Er bezeichnet diese nicht als fadenscheinig, im Gegenteil. Wenn ausgesagt wird, es handle sich nicht um fundierte Abklärungen mit Studien, muss er dem entgegenhalten, dass er in seinem beruflichen Alltag immer wieder mit Studien von irgendwelchen Ingenieurbüros konfrontiert wird; es handelt sich dabei immer um die gleichen „üblichen Verdächtigen“, welche die gleichen Studien und Gutachten ausarbeiten. Hr. André Kirchhofer hat sich momentan noch nicht entschieden, er möchte vorerst noch die Ant-

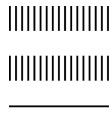
worten des Stadtrates abwarten. Aber er muss auch feststellen, dass er als Einwohnerrat die Einwohner vertritt und daher auch die Berichte eines 80-jährigen Herrn ernst nimmt sowie die Anliegen der Grundeigentümer. Er glaubt, als Einwohnerrat ist er eher dem Einwohner verpflichtet und nicht irgendeinem Architekten oder Ingenieur der Metron AG, INFRAS oder Prognos AG oder woher auch immer.

Hr. **Stefan Giezendanner**, SVP, meint: „Nicht gut – Benjamin Gut“. Man darf gescheiter werden. Er zählt sich auch zu denen, die keine gute Arbeit abgeliefert haben in der FGPK. Wie meistens, hat man auch diesmal vollumfänglich dem Stadtrat vertraut und die Vorlage in der FGPK geprüft – zu wenig gut geprüft. Er nimmt sich dabei nicht aus. Nachdem er etwas früher an diesem Abend das Parlament kritisiert hat, zuwenig an Veranstaltungen präsent zu sein, so kritisiert er sich nun selber in seiner Funktion bei der FGPK. Die Leistung war ungenügend. Man lernt – das kommt vielleicht etwas militärisch daher – dass in einem solchen Fall ein Geländegang zu erfolgen hat, bevor man eine Entscheidung trifft. Diese Vorgehensweise muss in der FGPK vielleicht auch wieder angewendet werden. Vor Ort sieht man dann nämlich wirklich, worum es geht und nicht nur das, was in der Vorlage steht.

So wurde ein überparteiliches Komitee gegründet, welches eine Ortsbegehung durchgeführt hat. Er möchte sich dem Votum von Markus Gfeller anschliessen und ebenfalls klarstellen, dass nicht alles im Reinen ist. Benjamin Gut machte geltend, es seien keine Fachmeinungen eingeholt worden. Man war neutral und wurde auf der Bauverwaltung vorstellig. Wenn das keine Fachleute sind, wer dann? Man hat bei dieser Amtsstelle vorgesprochen und war der Meinung – ganz Unrecht hatte Benjamin Gut nicht – dass die Zuständigen der Bauverwaltung nicht immer so ganz sattelfest waren. Es wurden Fragen gestellt, denen nicht unbedingt saubere Antworten folgten oder die Antworten kamen wie aus der Pistole geschossen. Daher die konkrete Frage an den Stadtrat: inwieweit war der Gemeinderat Oftringen in dieses Projekt involviert? Ist es tatsächlich so, dass begeistert grünes Licht signalisiert wurde zu dieser Maximalvariante? Vielleicht wäre es für Medien von Interesse, ob in Oftringen wirklich die einhellige Meinung bestand, man wolle genau die von Zofingen vorgeschlagene Lösung.

Es wurde das überparteiliche Komitee angesprochen. Dabei handelte es sich um seine Person, hält Hr. **Michael Wacker**, SP, fest. Nach mehrfachem und intensivem Lesen der Vorlage ist er nach wie vor der Meinung, diese kommt insgesamt noch immer kompetent daher. Man kann über gewisse Details diskutieren, was in der Vorlage jedoch auch erwähnt ist auf Seite 3 unter **4.3 Bachgestaltung/Bepflanzungen**: „Die nachfolgenden Vorschläge werden im Rahmen des noch zu erstellenden Baugesuches konkretisiert und verfeinert“. Anschliessend folgt eine längere Aufzählung. Unter **4.4 Bereich Seilereie** – die Projektleitung liegt offenbar beim Kanton und es stellt sich die Frage, wie genau Gewässerunterhalt und Strassen in Bachparzellen zu definieren sind – kann man lesen: „Längs des neuen Dorfbaches soll ein Schotterweg, innerhalb der 8 m breiten Gewässerparzelle, für den Unterhalt des Baches und als Zugang zum Trennbauwerk (Stadtbach/Dorfbach) erstellt werden“. Das bedeutet de facto, an der Breite der Parzelle ändert sich nichts, egal ob dort nun ein Weg erstellt wird oder nicht. Das ist Fakt.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, nimmt Stellung zu den Fragen. Das vorliegende Projekt, wie es heute auf dem Tisch liegt, teilt sich in verschiedene Phasen auf. An diesem Abend wird über Phase 1 beraten. Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat einen Kreditantrag für den Hochwasserschutz mit einem Gemeindeanteil von CHF 380'000.–. In Phase 2 wird das Projekt zusammen mit dem Kanton hinsichtlich weiterer Optimierungsmöglichkeiten nochmals überprüft. Beispielsweise, ob eine andere Möglichkeit der Zufahrt zum neuen Trennbauwerk gemäss den Vorstellungen von Markus Gfeller be-



steht. Letzte Woche erfolgten bereits persönlich Detailaussagen an einen Drittel der SVP-Fraktion durch den Projektleiter in der Bauverwaltung. Ob sattelfest oder nicht, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Ebenfalls letzte Woche wurde dem Fraktionspräsidenten Markus Gfeller vom Bauverwalter persönlich sowie auch von ihm selber, namens des Stadtrates, im Detail versichert, dass die vorgebrachten Anliegen vor Beginn der Phase 3 nochmals aufgegriffen und einer erneuten Prüfung unterzogen werden. In Phase 3 erfolgt eine öffentliche Auflage, bei welcher jeder legitimierte Einwohner, jede legitimierte Einwohnerin nochmals die Möglichkeit hat, eine Einwendung zu deponieren. Gemäss Erfahrung wird zu diesem Zeitpunkt - zusammen mit dem Kanton - mit den Einwendern einzeln an Ort und Stelle im Gelände eine Verhandlung durchgeführt, und dabei wird nach Möglichkeit eine für beide Seiten gangbare Lösung gesucht.

Es ist verständlich, dass verschiedene Meinungen und Vorstellungen vorhanden sind, wie eine Hochwasserschutzmassnahme auszusehen hat. In diesem konkreten Projekt geht es um die 3. und letzte Etappe, welche durch Fachleute des Wasserbaus geplant wurde. Dabei handelt es sich um Leute, die sich tagtäglich mit dieser Materie auseinandersetzen und über entsprechendes Know-how und die notwendigen Erfahrungen verfügen. So schlecht wie heute Abend dargestellt, kann dieses Projekt allerdings nicht sein, wenn sich der Bund mit rund CHF 628'000.- und der Kanton mit CHF 307'000.- daran beteiligen.

Die ebenfalls gemachte Aussage, dass der Dorfbach kein Risiko darstellen soll, muss als sehr gewagt bezeichnet werden (wenn ein 80-jähriger Anwohner mit 80 %-iger Sicherheit das hätte erleben müssen). Die Natur ist stärker und sie hält sich an keine Gesetze und keine Paragraphen. Die Natur schlägt dann zu, wenn es ihr passt und meistens mit einem Überraschungseffekt. Es muss - leider - zur Kenntnis genommen werden, dass sich die Natur in den letzten Jahren massiv verändert hat. Man denke nur zurück an die Überschwemmungen in jüngster Vergangenheit in Deutschland oder das eidg. Turnfest in Biel in den letzten beiden Wochen. Er hofft natürlich sehr, dass in Zukunft - in den nächsten 80 oder 100 Jahren - kein Naturereignis mit Überschwemmungen auftritt. Er fasst aber bewusst Holz an, denn die Hoffnung stellt keine Garantie dar.

Wie anhand des Auszuges der Gefahrenkarte des Kantons Aargau, Stand 2013, ersichtlich ist, zeigt die blaue Zone eine mittlere Gefährdung längs des Dorfbaches und des Stadtbaches (rot eingekreist). Es wurde auch der Durchlass bei der Ackerstrasse mit der heute bestehenden Brücke am Wochenende der starken Regenfälle fotografisch dokumentiert (Aufnahmedatum am 01.06.2013). Die Bilder zeigen, dass es nur noch sehr wenig gebraucht hätte, bis das Wasser die Brücke überflutet hätte. Es kann an dieser Stelle nochmals bestätigt werden, dass der Stadtrat die eingebrachten Anregungen der SVP noch einmal gründlich prüfen und mit den Anstössern nochmals das Gespräch suchen wird - wenn möglich gemeinsam mit dem Kanton. Falls realisierbar, lässt man noch Optimierungen und Verbesserungen in das Projekt einfließen.

Es soll auf noch zwei weitere Punkte eingegangen werden. Einerseits geht es um das Trennbauwerk. Eine Verschiebung ist technisch notwendig, da das Trennbauwerk an der heutigen Lage beim Zusammenfluss der beiden Bäche gemäss fachlichen Aussagen einen zu spitzen Winkel aufweist. Das führte dazu, dass dieses in der Vergangenheit gar nie richtig funktionieren konnte. Daher kam man zum Schluss, dieses an einen Ort zu verschieben, wo der Winkel flacher ist. Andererseits steht noch die Frage betr. Oftringen im Raum. Es konnte in der Vorlage nachgelesen werden, dass Oftringen an dieses Projekt CHF 92'000.- bezahlen muss. Es bestand im Vorfeld immer Kontakt mit der Gemeinde Oftringen und diese war jederzeit informiert. Die Nachbargemeinde liess durchblicken, dass sie dem Projekt wohlgesinnt sei, aber dass man zuerst die Sitzung des Einwohnerrates von heute abwarten wolle. Auch hier erfolgten entsprechende Abklärungen mit dem Kanton und es dürfte sich kein Hindernis ergeben, falls es noch zu Problemen mit Oftringen kommen sollte.

Zum Schluss wird ein letztes Mal darauf hingewiesen, dass der Stadtrat der Sache nochmals auf den Grund geht und die Gespräche nochmals sucht. In diesem Sinn wird darum gebeten, dem Rückweisungsantrag der SVP nicht zuzustimmen.

Fr. **Yolanda Senn Ammann**, FARBT, ist froh, sieht man die Fotos mit dem vielen Wasser. Es ist niemand grundsätzlich gegen das Projekt, auch nicht die SVP. Diese wollen nur jetzt in der ersten Stufe Optimierungen vornehmen und nicht erst in der 3. Stufe. In der letzten Stufe ist man schon fertig mit planen und da der Kanton federführend ist, scheint es fraglich, ob zu diesem Zeitpunkt noch auf gewisse Wünsche einiger weniger Anwohner eingegangen wird. Es handelt sich übrigens schon um die 2. Gefahrenschutzkarten-Aktion, bei welcher die Baubewilligung so nah an den Bach erteilt wird. Apropos Fachleute beim Kanton: auch dort gibt es Schreibtischtäter, dies gilt nicht für alle, aber gerade bei Gefahrenschutzkarten und Bachprojekten. Als Beispiel wird der Altachenbach angeführt, bei welchem die auf dem Plan eingezeichnete Umleitung durch das Wohnzimmer von Herrn Wetter geführt hätte.

Sie spricht sich für die Rückweisung aus, denn sie findet, wenn Fehler vorhanden sind und Verbesserungen erfolgen können, so sollen diese in der Stufe 1 und nicht erst in der Stufe 3 korrigiert werden, wenn die Stadt keinen Einfluss mehr nehmen kann. Zudem geht es nicht um Verzögerung und letztendlich sind ja alle für die Ausführung des Projekts.

Auch Hr. **Andreas Rügger**, FDP, dankt dafür, dass die Bilder jetzt gezeigt wurden. In der FGPK wurde das Geschäft diskutiert und Stefan Giezendanner rügte, die Hausaufgaben seien nicht richtig erledigt worden, da keine Ortsbesichtigung erfolgt ist. Es liegt vielleicht daran, dass er selber an dem Tag, als die Fotos entstanden sind, draussen war und feststellen konnte, wie knapp es war. Er wohnt am Dorfbach, allerdings im Bereich des bereits sanierten unteren Teils des Baches. Auch dort kam viel Wasser, dank der Hochwasserschutzmassnahmen blieb die Situation jedoch unkritisch. Er bedankt sich nun aber vor allem für das Votum von Stadtrat Rolf Moor. Es ist unbestritten so, dass jetzt über einen Kredit diskutiert wird. Die konkrete Ausgestaltung wird im Bauprojektverfahren abgewickelt und dort stehen den Anwohnern auch die Rechtsmittel, um sich zu wehren, zur Verfügung. Darum plädiert er dafür, den Rückweisungsantrag abzuweisen.

Hr. **Jakob Lang**, FDP, kommt zurück auf das Votum von Yolanda Senn Amman. Es ist schon so, dass nach Abschluss einer Planung ein Rückkommen auf die entsprechenden Anliegen schwierig ist. Denn grundsätzliche Änderungen am Projekt sind dann nicht mehr möglich. Die jetzt vorgebrachten Anliegen von Seiten der SVP sind grundsätzliche Änderungen, darum wird er auch dafür plädieren, nochmals zurückzugehen und zu überlegen, was richtig ist.

Hr. **Michael Müller**, SVP, will das Bild noch etwas abrunden für jene, die allenfalls nicht vor Ort mit dabei sein konnten. Es handelt sich um ein kleines Bächlein, knapp ein Meter breit, auf der einen Seite – wenn man Richtung Mühlethal blickt, rechts der Seilerei. Nun will man auf der anderen Seite der Seilerei noch ein zweites Bächlein erstellen, dadurch wird das Haus auf eine Insel gesetzt und oberhalb davon soll ein Trennwerk erstellt werden. Dafür ist dann eine zusätzliche Erschliessung nötig, weshalb im Kulturland eine drei Meter breite Strasse erstellt wird. Das könnte Zofingen ja nun egal sein, da sich dieses Gebiet auf Oftringer Boden befindet. Hinter dem Trennwerk wird der Bach wieder in einen Tunnel gelegt, damit ein Wendeplatz realisiert werden kann. Da dieser eingedolt wird, generiert man dort wieder eine Gefahrensituation, falls diese neue Röhre dann wieder zu klein ist und es zu Stauungen und Überflutung der neuen Häuser kommt, welche dort gebaut werden. Wenn man nun diese Strasse nimmt und das Bächlein hinzufügt (links der Seilerei), stellt man fest,

dass das komplette Kulturland, welches aktuell noch bewirtschaftet wird, gar nicht mehr genutzt werden kann sondern nur noch der Hang übrigbleibt, mit einer Differenz von einem bis zwei Metern, wo man mit einem Traktor dann fahren soll. Er erwähnt nochmals, es betrifft Oftringer Boden und Zofingen könnte es grundsätzlich gleichgültig sein. Aber er ist der Meinung, man muss trotzdem eine gewisse Verantwortung übernehmen. Deshalb muss man sich nochmals überlegen, ist diese Lösung wirklich sinnvoll oder könnte man nicht – wie eingangs von Markus Gfeller in den Raum gestellt – eine sowieso bestehende Strasse auf der anderen Bachseite mitnutzen. Vielleicht bräuchte es dann auch keinen so grossen Wendeplatz. Diese Überlegungen sollten angestellt werden, bevor man zu so einem Projekt Ja sagt und es auf den Weg bringt.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, betont nochmals, dass die Überprüfungen erfolgen werden. Er hält aber fest, dass es sich um eine Illusion handelt, wenn man glaubt, es gäbe weniger Reklamationen und Einwendungen bei einem neuen Projekt mit einer Zufahrt z.B. durch das Baugebiet. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass bei jedem Hochwasserschutzprojekt, bei jeder Strasse, Verzögerungen von 2 bis 5 Jahren in Kauf genommen werden mussten bis zu einem möglichen Baubeginn. Das Recht eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin besteht darin, bei einer Auflage seine persönlichen Anliegen nochmals vorzubringen. Er kann sie bei diesem oder einem neuen Projekt einbringen. Auch wenn nach einer allfälligen Rückweisung ein neues Projekt vorliegt, ist die Ausgangslage wieder dieselbe. Diese Aussage kann er so eigentlich fast unterschreiben. Der Zeithorizont sollte – wenn dieses Vorgehen gewählt wird – eigentlich möglichst nah liegen, aber die Realität zeigt leider, dass es – so oder – eine längere Zeit dauern wird. Er hat Verständnis dafür, wenn die Anwohner versprechen und ihre Einwendungen machen, dafür ist dieses Verfahren da. Einige können schnell und problemlos erledigt werden, andere dauern etwas länger.

Nachdem bereits fast alle etwas zu diesem Thema gesagt haben, möchte sich Hr. **Marcel Thüler**, SP, ebenfalls noch äussern. Die Befürworter des Rückweisungsantrags haben geschrieben, dass die Kosten sowohl bei einer Änderung als auch bei einer Annahme in etwa gleich bleiben. Er selber geht aber davon aus, dass bei einer Rückweisung des Geschäftes wieder Arbeiten zu erledigen sind, was zusätzliche Kosten generieren wird und zwar bei der Stadt, beim Kanton und beim Bund. Da aber gespart werden soll, ist er dagegen, nochmals ein komplett neues Geschäft zu generieren. Er plädiert dafür, dass man einen Funken Vertrauen in die Aussagen von Stadtrat Rolf Moor hat, welcher inzwischen mindestens fünf Mal versichert hat, dass die Anpassungen vorgenommen werden, so dass sich alle dafür begeistern können, wie das Projekt umgesetzt wird. Vielleicht kam es in der Vergangenheit nicht jedes Mal gut heraus, wenn man das Vertrauen gewährt hat, aber er findet, als Abschiedsgeschenk hätte Rolf Moor dieses nochmals verdient.

Der **Präsident** liest den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion vor:

Antrag an den Einwohnerrat: Das GK 160 Hochwasserschutz, Renaturierung und Aufwertung Dorfbach/Grenzbach (3. Etappe) sei zwecks Prüfung von einfacheren und zweckmässigeren Lösungen und zwecks der Bearbeitung von offenen Fragen zurückzuweisen.

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 18:16 Stimmen abgelehnt.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.



I Ausgangslage und Projekt

Hr. **Martin Willisegger**, SVP, weist auf ein Detail hin, das bis jetzt nicht angesprochen wurde. Es betrifft Punkt **4.2 Bachdurchlässe**. Konkret geht es um die neue Brücke Ackerstrasse-Bergliweg. Diese Brücke verbindet die Ackerstrasse auf dem Gemeindegebiet von Zofingen mit dem Bergliweg auf dem Gemeindegebiet von Oftringen und liegt direkt auf der Ortsgrenze. In der Vorlage steht, dass diese Brücke dem motorisierten Individualverkehr und dem Langsamverkehr dient. Das ist nicht ganz korrekt. Die Ackerstrasse ist für den motorisierten Individualverkehr nämlich bereits jetzt faktisch eine Sackgasse. Dies aufgrund der Tatsache, dass der Bergliweg mit einem Fahrverbot für den motorisierten Verkehr ausgestattet ist. Der Zugang zum Bergliweg ist via Oftringen ausreichend erschlossen. Eine zusätzliche Erschliessung für den motorisierten Verkehr via Zofingen über die Ackerstrasse ist eigentlich unnötig. Die öffentlichen Dienste benötigen diesen Übergang ebenfalls nicht, die Kehrtafelabfuhr, die Feuerwehr und andere öffentliche Dienste haben jeweils Zugang über ihr eigenes Gemeindegebiet. Wenn nun der Bach erneuert wird, ist es eigentlich schade, dort wieder ein Betonbauwerk zu erstellen, welches weder nötig noch wünschbar ist. Darum macht Hr. Martin Willisegger einen Änderungsvorschlag. Änderungsantrag zum Punkt 4.2 (Neue Brücke Ackerstrasse-Bergliweg):

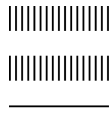
Auf eine neue betonierte Brücke für den motorisierten Individualverkehr ist zu verzichten. Stattdessen soll eine kostengünstige, kleine Holzbrücke für Fussgänger und Velofahrer erstellt werden.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, ist nicht ganz überzeugt, dass es sich beim Änderungsvorschlag in einen Übergang nur für Fussgänger mittels Holzbrücke um den richtigen Weg handelt. Er selber hat die Brücke ebenfalls besichtigt und auch festgestellt, dass die beiden Gebiete Ackerstrasse-Bergliweg aufgrund der Signalisationen schon ziemlich reduziert befahren werden. Er könnte sich aber vorstellen, dass es zu Situationen kommen könnte, bei welchen man froh ist, wenn dort auch mit einem Fahrzeug eine Überquerung möglich ist. So kurzfristig kann nicht gesagt werden, ob eine Holzbrücke besser wäre. Daher empfiehlt er, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Fr. **Maja Freiermuth**, FDP, hat eine formelle Frage. Wenn nun dieser stadträtliche Antrag abgelehnt wird, kommt dieses Geschäft später erneut vor den Rat, weil es vom Kanton aus ja sowieso gemacht werden muss oder was passiert damit? Nützt es überhaupt etwas, dieses heute abzulehnen?

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt nochmals, dass gewisse Bedingungen erfüllt werden müssen, damit von Seiten Bund und Kanton Geld fliesst. Wenn dieses Geschäft heute abgelehnt wird, beginnt der ganze Prozess von vorne. Es gäbe wieder neue Besprechungen mit dem Bund und dem Kanton. Es wäre möglich, dass die Kostenverteilung dann ganz anders aussieht und dass es evtl. weniger Geld gibt. Das kann aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschliessend gesagt werden, denn das heute vorliegende Projekt wurde entsprechend geprüft und aufgrund dessen wurden auch die Gelder gesprochen. Bei einem neuen Projekt muss alles wieder neu geprüft werden, weil es sich um eine neue Situation handelt.

Er ergänzt nochmals kurz zum vorherigen Zusatzantrag wegen der Brücke, dass man auch diesen Punkt noch in Phase 2 aufnehmen und prüfen wird. Aber es kann nicht versprochen werden, dass es zur entsprechenden Umsetzung kommen wird. Obwohl Marcel Thüler bereits angetönt hat, er habe dieses Vorgehen sicher fünfmal zugesichert, wiederholt er gerne zum sechsten Mal, dass eine entsprechende Prüfung erfolgen wird.



Sitzungspause

Der **Vorsitzende** erklärt, dass der Antrag nicht als solcher entgegen genommen werden darf, sondern als Anregung dem Stadtrat weitergegeben wird. Es würde den Rahmen sprengen, da am heutigen Abend über den Kredit abgestimmt wird. Nach Gutheissung des Kredites kann der Stadtrat anschliessend diese oder jene Variante in die Planung miteinbeziehen. Aber über diesen Antrag ist eine Abstimmung nicht möglich. Daher wird die Detailberatung fortgeführt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, lässt der **Präsident** über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für den Hochwasserschutz, die Renaturierung und Aufwertung des Dorfbaches/Grenzbaches (3. Etappe) sei zulasten der Abwasserrechnung ein Gemeindeanteil von CHF 380'000.- (inkl. MWST), zuzüglich allfällige Teuerung, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 20:11 Stimmen angenommen.

Art. 145

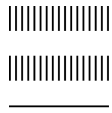
GK 156

Interpellation der glp-Fraktion vom 18. März 2013 betr. „Abstimmungsbroschüre – Information oder Propaganda?“ (Begründung und Beantwortung)

Der **Ratspräsident** fragt den Interpellanten an, ob er mit der schriftlichen Antwort des Stadtrates zufrieden sei oder nicht.

Hr. **Marco Arni**, DYM/glp, ist geehrt, dass er im Namen der glp-Fraktion sprechen darf; die glp ist selbstverständlich immer noch Teil der Dynamischen Mitte-Fraktion. Vielleicht ändert sich dies einmal in Zukunft? Eine Interpellations-Antwort muss nicht primär den Interpellanten glücklich machen, das hat sich der Stadtrat in seiner Antwort offenbar zu Herzen genommen. Mit einer greifbaren – ja schon fast übertriebenen – Pikierteit wird zumindest Frage 1 beantwortet oder besser gesagt abgeschmettert. Der Stadtrat erachtet es offenbar als notwendig, sich gegen alle nur denkbaren und undenkbaeren Unterstellungen zu verwahren, die darin vorkommen könnten. Für einen kurzen Moment hat sich der Interpellant sogar gefragt, ob er sich für diese Frage vielleicht sogar entschuldigen müsste – aber wirklich nur für einen kurzen Moment. Er hat kein mea culpa vom Stadtrat erwartet punkto Abstimmungsbroschüren, die bereits erledigt sind. Darum geht es ihm nicht. Aber er hätte sich eine etwas kühlere, besonnenere und selbstkritischere Antwort zu Frage 1 gewünscht.

Wie dem auch sei – die Interpellation will ja in die Zukunft schauen für kommende Abstimmungsbroschüren. Und tatsächlich finden sich auch Ansätze, z.B. bei den Fragen 3a und b oder bei den dazugehörigen Antworten, die ihn als Interpellanten zufriedenstellen. Der Stadtrat will – so sagt er – künftig Meinungen von wesentlichen Minderheiten im Einwohnerrat in der Abstimmungsbroschüre berücksichtigen. Wenn man ausklammert, wie eine wesentliche Minderheit klar definiert werden soll, ist das ein wünschenswerter und guter Schritt. Ebenso kann man lesen, dass künftig konsequent die Abstimmungsergebnisse im Einwohnerrat in der Broschüre erwähnt werden.



Fazit: Als Interpellant kann man nur teilweise zufrieden sein, aber wenn die in Aussicht gestellten Massnahmen unter Frage 3 tatsächlich umgesetzt werden, dann dominiert auf längere Sicht die Zufriedenheit.

Art. 146

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. **Urs Plüss**, DYM/EVP, wiederholt einen Wunsch oder eine Anregung, auf welchen von Michael Wacker vor gefühlten 375 Jahren einmal hingewiesen wurde. Wenn man von Westen nach Osten auf der Strengelbacherstrasse fährt, fehlt bei der Abzweigung nach links in Richtung Autobahn noch immer das entsprechende Schild, welches auf diese Tatsache hinweist. Er meint, es sei im Einwohnerrat bereits früher einmal thematisiert worden, dass an der dortigen Stelle ein Schild, welches Richtung Autobahn weist, Sinn machen würde.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, nimmt die Anregung in dem Sinn entgegen, dass man der Sache nachgehen wird und eine solche Hinweistafel selbstverständlich realisiert – mit dem Vorbehalt, dass natürlich zuerst die verschiedenen Stellen wie Kanton und evtl. Bund, angefragt werden müssen. Wenn die Genehmigung sowie die Bewilligung eingetroffen sind, erfolgt natürlich sofort die Ausführung.

Hr. **Michael Wacker**, SP, hat keine Frage sondern eine dringende Bitte, um nicht sagen zu müssen eine Aufforderung. Die nächste Massnahme, die ergriffen werden muss, wäre wahrscheinlich eine Motion. Er ist erstaunt, wenn er nach 8 Monaten minus 4 Tage eine E-Mail mit einem Protokoll der Einwohnerratssitzung erhält und darin auf Fristen aufmerksam gemacht wird. Er kennt die Gemeindeordnung und das Reglement des Einwohnerrates zwar nicht auswendig, aber seines Wissens sind die Protokolle in der Regel innert 4 Wochen zuzustellen und nicht innert 8 Monaten. Wenn so weitergefahren werden soll, dann sieht das Programm mit der Fristerstreckung, welche sich das Büro erlaubt hat, so aus, dass der Rat ebenfalls 7 Monate Zeit haben müsste, um Anmerkungen vorzunehmen. Daher die dringende Bitte und der dringende Wunsch: Es sollen die in der Gemeindeordnung und den Reglementen vorgegebenen Fristen bezüglich Protokolle des Einwohnerrates eingehalten werden.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, entschuldigt sich. Es ist selbstverständlich so nicht in Ordnung. Es ist aber Fakt, dass zurzeit in der Verwaltung die zusätzlichen Ressourcen fehlen. Momentan ist die Stadtkanzlei mit einer Person unterbesetzt. Es ist auch bekannt, welche Optimierungsmassnahmen in den letzten Monaten erfolgt sind. Das ist jedoch lediglich eine Erklärung und keine Entschuldigung. Diese wird nachgeliefert. Es wird nun im Rahmen des Optimierungsprogramms geprüft, ob es nicht sinnvoller wäre und dadurch Zeit gespart werden könnte, wenn nur noch ein Beschlussprotokoll geführt würde. Es muss aber zuerst geprüft werden, ob ein solch gekürztes Protokoll wirklich weniger Aufwand bedeuten würde. Man gibt sich Mühe, dass die Protokolle in Zukunft wirklich seriös geliefert werden.



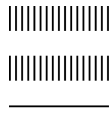
Der Heiternplatz wird oft auch als der schönste Festplatz der Schweiz bezeichnet. Ein Objekt von nationaler Ausstrahlung ist mit Sicherheit auch der wohl grösste zusammenhängende Obstgarten des schweizerischen Mittellandes. Dies ist ein Zitat der Website der Stadt Zofingen, teilt Hr. **Jan Bachmann**, FDP, mit. Er erlaubt sich eine kurze Einleitung, bevor er zu seinen Fragen kommt, da er von Bürgern von Zofingen vermehrt darauf aufmerksam gemacht wurde, wie diese den Heitern wirklich wahrnehmen. Wildes Parkieren auf Wiesen, Kieswegen und im Parkverbot, Fahren im Fahrverbot, ein durch auswärtige Familienclans überfüllter Heiternplatz, welche mit Tischen, Bänken, Liegen und Sonnenschirmen komplette Familienparties abhalten. Ein Rundgang auf dem Kiesweg ist so überhaupt nicht mehr möglich. Es herrscht ein reger Verkehrsbetrieb im und um das Lindengeviert von Fahrzeugen mit Kennzeichen der Kantone Aargau, Solothurn, Bern, Zürich, Luzern und Fribourg. Es geht fast unaufhaltsam weiter. Er bezweifelt, dass es sich dabei alles um Bewohner von Zofingen handelt, die ein Geschäftsfahrzeug fahren, welches in einem anderen Kanton eingelöst ist. Festbankgarnituren, Tische, Stühle ja sogar Wohnzimmermöbel wie Sofas, wie er selber feststellen konnte, finden sich im Lindengeviert. Beim Heiternplatz handelt es sich um kein Naherholungsgebiet mehr, er ist einfach nur noch ein schlecht gepflegter Campingplatz oder ein überstellter Garten. Über den Yadeller-Club muss man sich nicht gross unterhalten. Wenn jeder Familienclan von Zofingen jedes Jahr einmal ein Familienfest auf dem Heitern veranstalten würde, was bewilligt wäre, so fänden jede Woche diverse Familienfeste statt und man könnte den Heitern als Wirtschaftszone betreiben. Die Frage ist jedoch, ob man dies wirklich will. Oder möchte man den Heitern wahren und schmücken mit den kulturellen Angeboten, die dort oben stattfinden wie der Zirkus Knie, das Kinderfest oder das Heitere Open Air.

Der **Präsident** macht darauf aufmerksam, dass die Umfrage für kurze Fragen und Antworten gedacht ist.

Hr. **Jan Bachmann**, FDP, kommt daher zum Schluss, dass der Zustand auf dem Heitern eine Katastrophe ist. Er gibt dem Stadtrat deshalb ein Postulat zur Prüfung und Beantwortung der Fragen ab.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtdammann, fragt der Klärung halber nochmals nach, ob es sich wirklich um ein Postulat handelt, das zur Beantwortung eingereicht wird. Er gibt die Antwort in Vertretung von Christiane Guyer, da er Stellvertreter dieses Ressorts ist. Es ist effektiv so, dass man auf dem Heitern vermehrt Kontrollen durchführen kann. Er hat dies mit der Repol abgeklärt. Es werden allerdings bereits ziemlich viele Kontrollen mit daraus resultierenden Bussen durchgeführt. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 64 Ordnungsbussen ausgesprochen. Im Jahr 2013 (bis zum 20. Juni 2013) sind bereits 26 Ordnungsbussen verhängt worden. Man kann diese Kontrollen beliebig intensivieren, falls dies vom Parlament gewünscht wird. Andererseits wäre man aber anschliessend auch froh, wenn der daraus resultierende Bussenanstieg bei der Repol zu keiner neuen Kritik führt. Der Stadtdammann stimmt Jan Bachmann zu, dass man zum Teil wirklich ein Ghetto vorfindet, je nachdem, wann man den Heitern besucht. Wenn nun dort hart durchgegriffen wird, werden die einen oder anderen wieder bei den Ratsmitgliedern vorstellig werden und anfragen, ob es nicht möglich wäre, dafür zu sorgen, dass weniger Kontrollen erfolgen. Dann wäre es schön, wenn die Handhabung gestützt würde.

Hr. **Robert Weishaupt**, DYM/CVP, macht es kurz. In einigen Tagen findet in Zofingen der schönste Tag mit dem schönsten Vorabend statt. Nur ganz wenige trauen sich am Freitagmorgen in die Stadt, weil diese vor sieben Uhr morgens himmeltraurig aussieht. Die Strassen sind übersät mit Bechern und anderem. Daher die Frage an den Stadtrat: Wann kann damit gerechnet werden, dass am Zapfenstreich und am Kinderfest ein Becherpfandsystem eingeführt wird? So könnte auch das Bauamt vielleicht einmal eine Stunde länger schlafen.



Fr. **Therese Müller**, Stadträtin, teilt mit, dass an diesem Kinderfest noch keine Mehrwegbecher vorgesehen sind. Das Thema Littering wird im Stadtrat sicher nächstes oder übernächstes Jahr aufgegriffen werden. Aber für dieses Jahr reicht die Zeit nicht mehr.

Hr. **Martin Willisegger**, SVP, hat nur noch eine kurze Frage zu seinem vorherigen Antrag. Wie muss ein solcher Antrag denn formuliert werden, damit er verpflichtend in den Stadtrat gelangt, wenn nicht so wie er das gemacht hat?

Stellvertretend für den Rechtskonsulenten des Stadtrates Zofingen, nimmt Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, Stellung. Es handelt sich um eine Rechtsfrage. Es ist tatsächlich so, dass bei einem kant. Projekt man im Zeitpunkt der Kreditbewilligung nur noch Ja oder Nein sagen oder eine Rückweisung beantragen kann. Einzelne Änderungen können nicht mehr verlangt werden.

Der **Ratspräsident** schliesst die Umfrage.

Verabschiedung

Der **Präsident** informiert über den politischen Einsatz der per Ende Mai 2013 demissionierenden Einwohnerrätin Viviane Hösli und bittet sie dazu auf die Bühne.

Fr. **Viviane Hösli**, SP, war in der Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Mai 2013 im Einwohnerrat Zofingen tätig. Zudem setzte sie sich als Mitglied der einwohnerrätlichen Spezialkommission Personalreglement ein.

Der **Ratspräsident** verdankt herzlich ihre politische Arbeit: „Liebe Viviane, wir möchten Dir für die geleistete Arbeit im Einwohnerrat und der Spezialkommission Personalreglement ganz herzlich danken. Wir durften uns immer auf Deine Arbeit verlassen. Nochmals möchte ich Dir für die angenehme Zusammenarbeit herzlich danken, Dir für Deine weitere politische Arbeit im Aargauischen Grossen Rat alles Gute wünschen und Dir ein Geschenk der Stadt Zofingen überreichen.“

Der **Vorsitzende** überreicht die obligaten Abschiedsgeschenke (Rathäusler, Gläser und Glasteller). Mit Applaus wird die zurückgetretene Viviane Hösli verabschiedet.

Der **Präsident** weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 16. September 2013 hin. Er wünscht allen schöne Sommerferien und natürlich ein wunderschönes Kinderfest.

Schluss der Sitzung um 21.34 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Thomas Bühler
Ratspräsident

Arthur Senn
Protokollführer